Fokus

Weltwirtschaft

Wie weiter mit der Globalisierung? Folgen für Liechtenstein?

Stiftung Zukunft.li

Fokus Weltwirtschaft

Wie weiter mit der Globalisierung?
Folgen für Liechtenstein?

Oktober 2023

Stiftung Zukunft.li

Inhaltsverzeichnis

1	Fokus Weltwirtschaft – Ziele und Zusammenfassung	6
1.1	Zu diesem Fokus	6
1.2	Zusammenfassung	7
2	Das «Krisenmenü» seit 2007	12
2.1	Der Index der wirtschaftspolitischen Unsicherheiten	12
2.2	Die Wirtschafts- und Finanzkrise	12
2.3	Die Euro-Schuldenkrise	13
2.4	Der Handelskrieg zwischen den USA und China	14
2.5	Die Covid-19-Pandemie	14
2.6	Der Ukraine-Krieg	15
2.7	Der Klimawandel	15
2.8	Die systemischen Herausforderungen der Polykrise	16
3	Die Veränderungen in der Geopolitik	17
3.1	Von der bipolaren zur unipolaren und multilateralen Weltordnung	17
3.2	Neue Weltordnung: bipolar, multipolar oder multilateral?	19
3.3	Die internationalen Abhängigkeiten im Visier	21
3.4	Dekarbonisierung: Die Transformation als Herkulesaufgabe	24
4	Die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik	26
4.1	Geoökonomie, strategische Handelspolitik und Industriepolitik im Aufwind	26
4.2	Die Renaissance der Industriepolitik	27
4.3	«Subventionsfieber» und «Protektionismus-Grippe»	30
4.4	Ist die Wirtschaftspolitik auf dem «richtigen» Weg?	33
4.5	Nachteile und Gefahren von Subventionen und der Industriepolitik	36
5	Die Veränderungen bezüglich Unternehmensstrategien	39
5.1	Die unternehmerischen Herausforderungen	39
5.2	Die unternehmerische Neuausrichtung	39
5.3	Subventionen und «Rent-Seeking»	42
6	Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft	46
6.1	Die Abschwächung des globalen BIP-Wachstums	46
6.2	Die Verlangsamung des Welthandels	48
6.3	Der Rückgang der Direktinvestitionen	50
6.4	Die Entwicklung der Inflation	51
6.5	Das Wachstum der Schulden	55
6.6	Deglobalisierung – Ja oder Nein?	57

7	Markante Spuren in Liechtenstein	59
7.1	Die Entwicklung des BIP	59
7.2	Die Entwicklung des Aussenhandels	60
8	Die Handlungsoptionen von Liechtenstein	67
8.1	Aktives Engagement bei der Reform der WTO	67
8.2	Marktzugang zur EU, Freihandels- und andere Abkommen	69
8.3	Kann Liechtenstein gegen den Strom schwimmen?	71
9	Unternehmensperspektiven	73
9.1	Konsequenzen des Umbruchs in der Weltordnung und der Weltwirtschaft für die Unternehmen	73
9.2	Massnahmen und Strategieanpassungen	75
9.3	Konsequenzen für den Standort Liechtenstein und Beurteilung der Wirtschafts- und Aussenhandelspolitik	76
10	Die wichtigsten Erkenntnisse und Empfehlungen	78
11	Anhang	82
12	Abkürzungen	83
13	Literaturverzeichnis	84

1 | Fokus Weltwirtschaft – Ziele und Zusammenfassung

1.1 Zu diesem Fokus

Erstmals richtet Zukunft.li in einer Publikation ihren Fokus auf die Weltwirtschaft und die Weltpolitik. Dies hat gute Gründe, denn die Weltordnung befindet sich inmitten eines tiefgreifenden Umbruchs. Die Globalisierung hat an Tempo verloren, steht teilweise still und ist in gewissen Bereichen sogar rückläufig. Zudem sind andere Begriffe in den Vordergrund gerückt, unter anderem: Reduktion der Abhängigkeit, Versorgungssicherheit, Resilienz, Industriepolitik, Subventionen. Jedenfalls verändert die Globalisierung ihr Gesicht. Die Veränderungen sind derart grundlegend, dass man durchaus von einem Paradigmenwechsel sprechen kann. Wir wagen mit dieser Publikation den Versuch, die grosse Tragweite dieses Wandels in seinen verschiedenen Ausprägungen zu analysieren und deren Folgen für Liechtenstein zu diskutieren.

Die Folgen und die Herausforderungen wachsender Handelskonflikte und eines zunehmenden Protektionismus spürt Liechtenstein aufgrund seiner Kleinheit besonders deutlich. Für Liechtenstein und seine international tätigen Firmen ist ein ungehinderter Zugang zu den Weltmärkten von ausserordentlicher Bedeutung.

Das Hauptziel dieser Publikation besteht darin, ein tieferes Verständnis für die weitreichenden Veränderungen in der globalen Wirtschaft und Politik zu erhalten, um damit die Grundlagen für eine erfolgreiche Bewältigung der anstehenden Herausforderungen zu verbessern.

Die zusätzlichen Ziele dieser Publikation sind:

- Wir wollen den Prozess der globalen Veränderung in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in seiner grossen Tragweite darlegen.
- Wir möchten die Verknüpfungen und Abhängigkeiten zwischen Geopolitik, Aussenpolitik, Wirtschaftspolitik und Unternehmensstrategien verdeutlichen.
- Wir analysieren und beurteilen die fundamentalen Veränderungen in der Wirtschaftspolitik.

- Wir setzen uns mit den Auswirkungen der globalen Veränderungen auf Liechtenstein auseinander und zeigen Handlungsoptionen auf.

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir folgende Gliederung gewählt:

Kapitel 2 widmet sich den verschiedenen Krisen seit 2008 und beleuchtet die mit ihnen verbundenen systemischen Risiken.

Die Kapitel 3 bis 6 behandeln den tiefgreifenden Wandel sowie Veränderungen in den Bereichen Geopolitik, Wirtschaftspolitik, Unternehmensstrategien und globale Wirtschaftsentwicklung.

In Kapitel 7 und 8 liegt der Fokus auf Liechtenstein. Dabei wird die Entwicklung des Bruttoinlandproduktes (BIP) im Kontext des Wandels näher untersucht, und Auswirkungen auf den Aussenhandel werden analysiert. Abschliessend richtet sich der Blick auf die Handlungsoptionen Liechtensteins.

Kapitel 9 spiegelt die Betroffenheit und die Konsequenzen der globalen Entwicklungen aus der Perspektive vier international tätiger liechtensteinischer Unternehmen. Zudem werden ihre Einschätzungen für die Volkswirtschaft und ihre Erwartungen an die Politik Liechtensteins aufgezeigt.

In Kapitel 10 werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst und die Empfehlungen festgehalten.

1.2 Zusammenfassung

Seit 2008 haben verschiedene Krisen wie die Finanzkrise, die Euro-Schuldenkrise, der Handelskrieg zwischen den USA und China, die Covid-19-Pandemie sowie der Ukraine-Krieg die wirtschaftlichen Unsicherheiten erhöht und systemische Risiken für Wirtschaft, Finanzen und Gesellschaft in den Vordergrund gerückt. Die Reaktionen darauf zeigen sich in verschiedenen Bereichen.

Anspannungen in der Geopolitik: In der Geopolitik hat sich der Systemwettbewerb mit den Hauptakteuren USA und China zurückgemeldet und manifestiert sich durch Handels- und Technologiekonflikte. Narrative, wie die Entwicklung der Welt nach westlichem Muster oder die Überlegenheit der demokratischen Marktwirtschaft, sind geplatzt. Der Ukraine-Krieg hat die Sensibilität gegenüber Abhängigkeiten verstärkt, insbesondere im Energiebereich und bei strategischen Rohstoffen. Die Dekarbonisierung erhöht die geopolitischen Spannungen zusätzlich. Angesichts der aktuellen Tendenz zu einer bipolaren Weltordnung scheint eine globale Lösung für diese weltweite Herausforderung in weite Ferne zu rücken.

Änderungen in der Wirtschaftspolitik: Der Umbau der Weltordnung, die Reduktion der internationalen Abhängigkeiten und der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft haben zu fundamentalen Veränderungen in der Wirtschaftspolitik geführt. Die Frage, wie wirtschaftliche Macht genutzt werden kann, um politische und strategische Ziele zu erreichen, ist in den Vordergrund gerückt. Es wird nach wirtschaftspolitischen Instrumenten und Strategien gesucht, um die heimische Volkswirtschaft zu schützen, zu fördern und widerstandsfähig zu machen. Auch die gezielte Unterstützung von vermeintlichen Zukunftsbranchen und Produkten ist ins Zentrum der Bemühungen gerückt. Im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Massnahmen stehen nationale Sicherheit, Unabhängigkeit und ideologische Kompatibilität. In den Hintergrund rückt hingegen die Effizienz. Zum Einsatz kommen insbesondere Subventionen und protektionistische Massnahmen in verschiedensten Facetten.

Anpassungsdruck für Unternehmen: Das bisherige Geschäftsmodell multinationaler Unternehmen, das auf globalen Beschaffungs- und Absatzmärkten, weltweiten Tochtergesellschaften an den günstigsten Standorten und der Verfügbarkeit von kostengünstigen internationalen Ressourcen beruhte, ist unter Druck. Die Anpassungen der Strategien gehen in Richtung erhöhter Lagerhaltung, Rückverlagerung von Prozessen in Heimat- oder Nachbarländer, Diversifikation bei Lieferanten und Neustrukturierung der Produktion. Zudem werden bei strategischen Entscheidungen vermehrt die Subventions- und Protektionsmassnahmen der verschiedenen Standorte berücksichtigt.

Spuren in der Weltwirtschaft: Diese Veränderungen haben seit 2009 ihre Spuren in der Entwicklung der Weltwirtschaft hinterlassen. So hat sich das globale BIP-Wachstum deutlich verlangsamt, und der Anteil des Handels am BIP stagniert. Die Direktinvestitionen im Ausland sind stark zurückgegangen. Die Inflation ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Ebenfalls kräftig zugenommen haben die Schulden von Staaten, Unternehmen und Privaten.

Deglobalisierung: Die Entwicklungen auf politischer Ebene rechtfertigen es durchaus, von einer Deglobalisierung zu sprechen. Begriffe wie Reduzierung von Abhängigkeiten, verstärkte Handelsrestriktionen, zunehmender Nationalismus sowie Handels- und Technologiekonflikte charakterisieren diesen Trend. Obwohl die Globalisierung im Warenhandel stagniert und bei den Direktinvestitionen rückgängig ist, wäre es verfrüht, das Ende der Globalisierung auszurufen. Es ist nicht das Ende, aber eine Periode einer sich stark verändernden Globalisierung.

Spuren in Liechtenstein: Auch Liechtenstein hat die weltweiten Turbulenzen stark zu spüren bekommen. Nach einem beeindruckenden BIP-Wachstum in den 1990er-Jahren und einer starken Expansion nach der Jahrtausendwende ist die Wachstumsrate von 2009 bis 2022 auf unter ein Prozent gesunken. Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 sind sowohl die Export- als auch die Importquote unter Druck geraten. Besonders gelitten hat der Handel mit den Warenarten «Maschinen, Apparate, Elektronik» und «Metalle». Nach Ländern betrachtet sticht das Wachstum der Exporte nach China besonders hervor, stiegen sie doch von neun Millionen Franken im Jahr 1995 auf 286 Millionen Franken im Jahr 2022 an.

Wichtige Eckpfeiler für Liechtenstein: Die Globalisierung hat der liechtensteinischen Volkswirtschaft «goldene» Zeiten beschert. Insbesondere für kleine Länder ist der Zugang zu internationalen Märkten von entscheidender Bedeutung. Die Stärkung eines multilateralen, regelbasierten Handelssystems ist daher der Königsweg für Liechtenstein. Eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO), um ihre Funktionsfähigkeit wieder herzustellen und ihre Existenz zu sichern, sollte höchste Priorität haben. Die Partnerschaft mit der Europäischen Union (EU), die für Liechtenstein bei Weitem wichtigste Handelsregion, ist weiter zu vertiefen. Hierfür hat sich der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) als geeignete Plattform erwiesen. Durch

Zusammenarbeit mit den anderen Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) kann Liechtenstein mit Freihandelsabkommen den Zugang zu Märkten vertiefen. Angesichts der Schwäche des Multilateralismus gewinnen aber auch die Pflege und Vertiefung bilateraler Beziehungen zu ausgewählten Ländern an Bedeutung. Dabei stehen immer häufiger auch themenspezifische Abkommen im Fokus. Zentral für Liechtenstein ist die gute Nachbarschaft zur Schweiz. Der Zollvertrag ermöglicht liechtensteinischen Unternehmen nicht nur den uneingeschränkten Marktzugang zum Schweizer Markt, sondern – über bilaterale Abkommen der Schweiz und meistens auch der EFTA – den Zugang zu anderen Ländern. Die steigende Bedeutung von China im Aussenhandel Liechtensteins und die wachsenden Meinungsunterschiede in Bezug auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht rechtfertigen, dass Liechtenstein eine eigene China-Strategie entwickelt.

Kann Liechtenstein gegen den Strom schwimmen? Liechtenstein soll und kann nicht am Protektionismus- und Subventionswettbewerb teilnehmen. Die Standortattraktivität des Landes hängt in erster Linie von innovativen Unternehmen und klugen Köpfen ab. Ein hervorragendes Bildungssystem, ein flexibler Arbeitsmarkt, stabile politische Verhältnisse, Rechtssicherheit, eine leistungsfähige Infrastruktur, eine zuverlässige Energieversorgung, optimale Bedingungen für Forschung und Entwicklung sowie ein attraktives Steuersystem müssen weiterhin die grundlegenden Stärken von Liechtenstein sein. Für so ein kleines Land geht es nicht primär um den Wettbewerb zwischen Nationen, sondern um den Wettbewerb der Unternehmen im Weltmarkt. Für das Gestalten von optimalen Lieferketten, für Innovationen, die Positionierung im Weltmarkt und das Management der Risiken sind die Unternehmen zuständig. Dabei stehen sie gegenwärtig vor besonders grossen Herausforderungen.

Die Perspektive von vier liechtensteinischen Unternehmen: Grundsätzlich werden die Industriepolitik und die Subventionsprogramme von den vier befragten Unternehmen kritisch beurteilt. Für Einzelne sind die Massnahmen als Konsequenz aus den geopolitischen Spannungen und die Abhängigkeiten von Ländern, Produkten und Rohstoffen dennoch nachvollziehbar. Die befragten Unternehmen profitieren in bescheidenem Masse teilweise direkt oder indirekt von staatlichen Unterstützungen. Die vier Gesprächspartner geben an, dass sie von den Handels-

restriktionen bisher nicht oder nur in geringem Ausmass betroffen sind. Die Krisen der letzten Jahre haben dennoch bei allen vier Unternehmen zahlreiche Massnahmen ausgelöst, die sich weitgehend mit denjenigen anderer Unternehmen in verschiedenen Ländern decken. «Nearshoring» (Fokus auf nähergelegene Regionen) und «Local for Local» oder «Regional for Regional» sind wichtige strategische Eckpfeiler der Unternehmen. Eine Strategie der Deglobalisierung – interpretiert als Rückzug von Auslandsmärkten – ist für alle vier Unternehmen keine Option. Für den Standort Liechtenstein bleibt Kompetenz und Innovationskraft und damit die Verfügbarkeit von Fachkräften der zentrale Erfolgsfaktor. Weitere Erfolgsfaktoren sind die Bildung, ein leistungsfähiges Verkehrssystem, zuverlässige Energieversorgung sowie erstklassige Forschung und Entwicklung. Die befragten Unternehmen erwarten von der Politik, dass sie sich in EFTA und WTO dezidiert für eine offene Wirtschaft einsetzt. Weitere Handelsabkommen, zum Beispiel mit den USA und Indien, würden begrüsst. Das zukünftige Wachstum der vier Unternehmen findet gemäss ihren Aussagen nicht in Liechtenstein, sondern an anderen Standorten und in anderen Märkten statt.

2 | Das «Krisenmenü» seit 2007

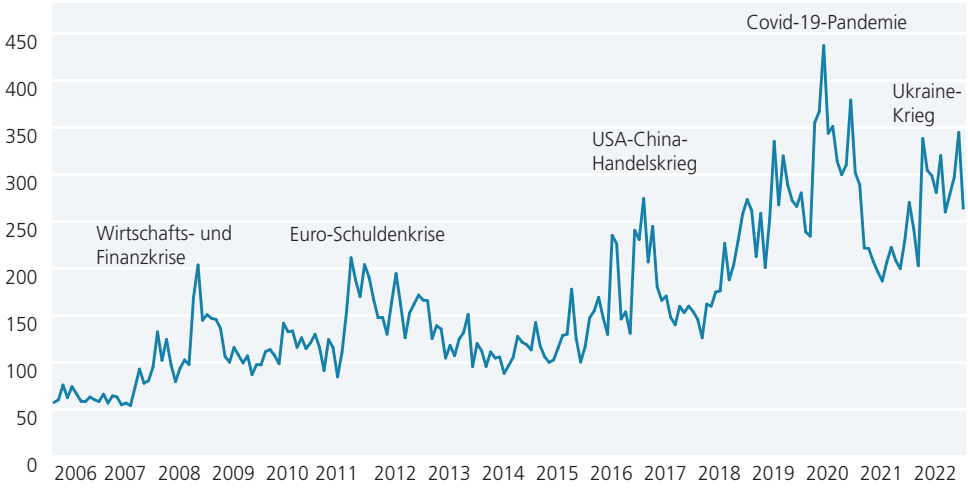
2.1 Der Index der wirtschaftspolitischen Unsicherheiten

Der Global Economic Policy Uncertainty Index misst die wirtschaftlichen Unsicherheiten im Zusammenhang mit politischen Massnahmen. Dabei liegen dem Index drei Komponenten zugrunde: Berichterstattung in Zeitungen, Veränderungen in Gesetzen und Vorhersagen von Wirtschaftsprognostikern (Baker et al., 2023). Dabei hat «Unsicherheit» negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, weil zum Beispiel Unternehmen Investitionen verschieben, private Haushalte ihre Konsumpläne überdenken oder Turbulenzen an den Kapitalmärkten ausgelöst werden können.

Die folgende Abbildung zeigt, wie die Finanzkrise, die Euro-Schuldenkrise, der Ausbruch des Handelskrieges zwischen den USA und China, die Covid-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg die Unsicherheit in der Welt jeweils ansteigen liessen.

Abbildung 1: Index der wirtschaftspolitischen Unsicherheiten, 2006 bis 2022

Quelle: www.policyuncertainty.com



2.2 Die Wirtschafts- und Finanzkrise

Im Jahr 2007 kam es als Folge eines spekulativ aufgeblähten Immobilienmarkts in den USA zu einer globalen Banken- und Finanzkrise und in vielen Ländern zu einer Immobilienkrise. Ihren Höhepunkt erreichte die Krise mit dem Zusammenbruch der US-Grossbank Lehman Brothers im Herbst 2008, gefolgt von einem starken Ein-

bruch der Aktienmärkte. Im Jahr 2009 stürzte die Welt in die grösste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit dem Schrumpfen des BIP reduzierte sich auch der Welthandel, die Arbeitslosigkeit stieg an und die Schulden erhöhten sich.

Neben diesen realwirtschaftlichen Konsequenzen führte die Krise zu einem enormen Vertrauensverlust in die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Institutionen, in die Globalisierung der Finanzwirtschaft und in die Marktwirtschaft im Allgemeinen (Huwart & Verdier, 2014). Zudem hat sie den europäischen Integrationsprozess nachhaltig beeinflusst und kann als Wendepunkt in der Geschichte der EU wahrgenommen werden (Beyer, 2018).

2.3 **Die Euro-Schuldenkrise**

Kaum schien das Schlimmste der Finanzkrise überstanden zu sein, stieg die Besorgnis über die Staatsverschuldung mehrerer europäischer Länder stark an, allen voran in Bezug auf Griechenland, Irland, Spanien und Portugal. Das stark negative BIP-Wachstum während der Finanzkrise liess die Steuereinnahmen schrumpfen und die Staatsverschuldung explosionsartig steigen. Dies führte zu einem unmittelbaren Vertrauensverlust in die Zahlungsfähigkeit dieser Länder.

Um die Situation zu entschärfen, schnürten die Mitgliedsländer der Eurozone zusammen mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) gigantische Rettungspakete und hebelten damit die fiskalpolitischen Regeln im Euroraum aus. Zur Erinnerung: Budgetdefizite dürften nicht höher als drei Prozent sein, Schulden nicht mehr als 60 Prozent des BIP betragen, keine gegenseitige finanzielle Unterstützung (No-Bailout-Regel) gewährt werden und kein gezieltes Kaufen von Anleihen durch die EZB am Primärmarkt vorkommen. Die Schuldenquote des Euroraums lag seit 2010 zwischen 85 Prozent und 98 Prozent. Die Schuldenregel entfaltet deshalb kaum noch Wirkung, eine Reform ist wieder einmal in Planung. Es besteht allerdings kein Grund zur Annahme, dass sie wirkungsvoller als frühere sein wird.

Ausserdem hat sich sowohl in der Finanzkrise als auch in der Schuldenkrise der EU gezeigt, dass grosse Banken über eine Staatsgarantie verfügen. Die Auswirkungen eines Bankenkollaps auf die Volkswirtschaft werden als so gravierend eingeschätzt,

dass der ordnungspolitische Sündenfall «Rettung durch den Staat» in Kauf genommen wurde und wird. So fanden auch in der Schweiz zwei Rettungsaktionen statt. 2008 retteten die Schweizer Behörden die UBS. Obwohl danach «Too-big-to-fail»-Regulierungen eingeführt wurden, musste im Jahr 2023 die Credit Suisse mit staatlicher Unterstützung durch die UBS übernommen werden.

Die Euro-Schuldenkrise hat einen weiteren Vertrauensverlust in die geld- und fiskalpolitischen Institutionen bewirkt. Unter Bankenkrisen leidet aber nicht nur die Glaubwürdigkeit der Finanzplätze, sondern auch diejenige der gesamten Wirtschaft. Die Krisen haben zudem offengelegt, dass die Finanzpolitik der meisten Länder nicht nachhaltig ist und eine Tendenz zum permanenten Schuldenausbau besteht.

2.4 **Der Handelskrieg zwischen den USA und China**

Der Hintergrund für den Handelsstreit waren die grossen Handelsbilanzdefizite der USA mit China. Unter Präsident Donald Trump mit seinem Versprechen «America First» wurde China vom strategischen Partner zur Gefahr für den wirtschaftlichen Wohlstand und die nationale Sicherheit der USA. Im Laufe des Jahres 2018 eskalierte der Streit zunehmend und wird seither als Handelskrieg bezeichnet. Präsident Donald Trump führte Schutzzölle auf Waschmaschinen und Solarpanels aus China ein. Nach dem Motto «Wie du mir, so ich dir» wurde danach eine Spirale von immer neuen Schutz- und Strafzöllen in Gang gesetzt. Gegenwärtig erhebt China im Durchschnitt eine Einfuhrabgabe von 21.1 Prozent auf US-Waren, während in den USA ein Satz von 19.3 Prozent auf chinesische Güter geschlagen wird. Zusätzlich unterliegen zwei Drittel der chinesischen Exporte in die USA Strafzöllen, während es umgekehrt 58.3 Prozent sind (Bernath, 2023). Zudem wurden gegenseitig Import- und Exportbeschränkungen eingeführt. So versucht beispielsweise Washington, China den Zugang zu modernen Computerchips zu verwehren. Kontrollen sollen Investitionen nur unter gewissen Bedingungen erlauben und sie in bestimmten strategischen Sektoren begrenzen oder verhindern (Langer, 2023).

2.5 **Die Covid-19-Pandemie**

Das Coronavirus hat die Welt auf den Kopf gestellt und zahlreiche Staaten veranlasst, einen Teil der Wirtschaft in einen politisch verordneten Stillstand zu versetzen.
Der Rückgang von Angebot und Nachfrage trat nahezu gleichzeitig auf und führte

zu einem markanten Einbruch der Weltwirtschaft. Der internationale Handel bzw. der Globalisierungsprozess verlangsamte sich erheblich. Das Virus hatte alle erfasst: Produzenten, Konsumenten, Angestellte, Selbstständige, Schüler, Rentner – die gesamte Volkswirtschaft war betroffen. Die weltweite Ausbreitung von Covid-19 hatte einen erheblichen Einfluss auf die Lieferketten. Lockdowns, Quarantänemassnahmen und Reisebeschränkungen führten zu Produktionsausfällen, Engpässen bei verschiedenen Vorprodukten und Rohstoffen sowie zu Transport- und Logistikproblemen. Die Pandemie hat gezeigt, wie anfällig und verwundbar globale Lieferketten sind und welche Risiken die Abhängigkeit von Lieferanten aus einem oder wenigen Ländern mit sich bringt. Entsprechend hat sich in einigen Ländern auch der Trend zu protektionistischen Massnahmen verstärkt. In der Covid-19-Krise erhielt das Primat der Politik eine neue Bedeutung: Alles und jeder hatte sich dem staatlich verordneten Schutz des Gesundheitssystems unterzuordnen (Felbermayr & Wolff, 2020).

2.6 **Der Ukraine-Krieg**

Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 bedeutete das Ende der europäischen Nachkriegsfriedensordnung und löste eine humanitäre und ökonomische Krise in der Ukraine aus. Der Krieg legte auch die Abhängigkeit und Verletzlichkeit der europäischen Energiepolitik offen. Explodierende Energiepreise und eine Inflation, wie sie Europa seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hatte, waren die Folgen. Der Ukraine-Krieg ist insofern kein regionaler Krieg, als dass die Ukraine insbesondere von verschiedenen Nato-Staaten mit Kriegsmaterial und Waffen versorgt wird. Andere Staaten wie beispielsweise Nordkorea und Iran liefern Waffen an Russland. Peking hält sich über seine Rolle in diesem Krieg weitgehend bedeckt. China und Russland sind jedoch wirtschaftlich und strategisch enger zusammengerückt. Die Welt hingegen spaltet sich (Guyer, 2023).

2.7 **Der Klimawandel**

Die genannten Krisen werden vom Klimawandel überlagert, der eine zentrale Herausforderung für die Zukunft der Menschheit darstellt. Die CO_2-Emissionen verändern das Temperaturgleichgewicht der Erde und haben weitreichende Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Zu den direkten Folgen gehören unter anderem steigende Temperaturen, steigender Meeresspiegel, vermehrte Extremwetterereignisse, Zunahme von Trockenheit und Dürre sowie das Schmelzen des

Permafrosts. Indirekte Auswirkungen sind beispielsweise Hunger- und Wasserkrisen, Überschwemmungen, Verlust an Biodiversität, Verbreitung von Schädlingen und Krankheitserregern. In der Regel ergeben sich positive und negative Rückkopplungseffekte, die sich selbst verstärken. Aufgrund von sogenannten Kipppunkten kommt es beim Überschreiten von Schwellenwerten zu irreversiblen Veränderungen (Myclimate, 2023).

2.8 Die systemischen Herausforderungen der Polykrise

Zusammenfassend lässt sich Folgendes festhalten: Die Finanzkrise im Jahr 2008 hat das internationale Finanzsystem erschüttert und Zweifel an seiner Stabilität aufkommen lassen. Die im Nachgang beschlossenen Massnahmen konnten die Schwächen nicht vollständig beseitigen, wie sich im Frühling 2023 zeigte, als erneut Banken ins Wanken gerieten und staatliche Unterstützung benötigten. Die Bewältigung der anderen Krisen der letzten Jahre beschäftigt die Welt ebenfalls bis heute und wird auch in Zukunft eine Herausforderung bleiben. So ist eine erneute Schulden- oder Immobilienkrise keineswegs ausgeschlossen. Der Handelskrieg setzt sich fort, die geopolitische Lage bleibt angespannt und der Klimawandel verschärft sich weiter.

Willkommen im Zeitalter der Polykrise, in dem die Welt durch mehrfache systemische Risiken bedroht wird. Diese Risiken gefährden die Funktionsfähigkeit und Stabilität des Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftssystems und können durch Kettenreaktionen schwerwiegende Konsequenzen und Schäden verursachen.

Die systemischen Herausforderungen zeigen sich besonders in der Neugestaltung der Weltordnung, im Umgang mit internationalen Verflechtungen, globalen Ressourcen und Abhängigkeiten sowie in der Transformation in Richtung Netto-Null-Treibhausgasemissionen.

3 | Die Veränderungen in der Geopolitik

3.1 Von der bipolaren zur unipolaren und multilateralen Weltordnung

Nach dem Zweiten Weltkrieg stiegen die USA und die Sowjetunion zu den dominierenden Supermächten auf. Die Welt teilte sich in zwei Machtblöcke: auf der einen Seite die USA mit Demokratie und Kapitalismus, auf der anderen Seite die Sowjetunion mit Sozialismus und Planwirtschaft. Die Zeit von 1945 bis 1990 wird daher als bipolare Weltordnung bezeichnet. Mit dem 1947 ins Leben gerufenen «General Agreement on Tariffs and Trade» (GATT) wurde die Weltwirtschaftsordnung auf eine multilaterale Basis gestellt. Dahinter stand die Überzeugung, dass Massnahmen zur Handelsliberalisierung zu weltweitem Wohlstand führen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 erlangten die USA eine Machtstellung, die diejenige aller anderen Staaten in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht übertraf. Die Phase der Unipolarität hatte begonnen. Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama vertrat 1992 in seinem vielbeachteten Buch «The End of History and the Last Man» die These, dass sich die Prinzipien des Liberalismus in Form von Demokratie und Marktwirtschaft überall und endgültig durchsetzen würden (Fukuyama, 1992).

Die Gründung der WTO im Jahr 1994 diente dem Ziel, die globalen Beziehungen (Waren, Dienstleistungen, geistiges Eigentum) nach stabilen und transparenten Grundsätzen für alle aufzubauen. Für kleine Länder und Grossmächte sollten die gleichen Regeln gelten und Machtpolitik eingedämmt werden (Eisenhut & Sturm, 2022). Mit dem WTO-Beitritt Chinas im Jahr 2001 stiegen die Hoffnungen auf eine weltweit noch stärkere wirtschaftliche, finanzielle und technologische Integration. Die Weltordnung trat in eine komplexe, pluralistische Phase ein, in der die unipolare Dominanz der USA relativiert wurde. Dank dem regelbasierten Handelssystem der WTO gewannen auch andere Länder und Ländergruppen an Einfluss und trugen zu einer multilateralen Weltordnung bei, die auf Kooperation und der gemeinsamen Lösungssuche beruhte.

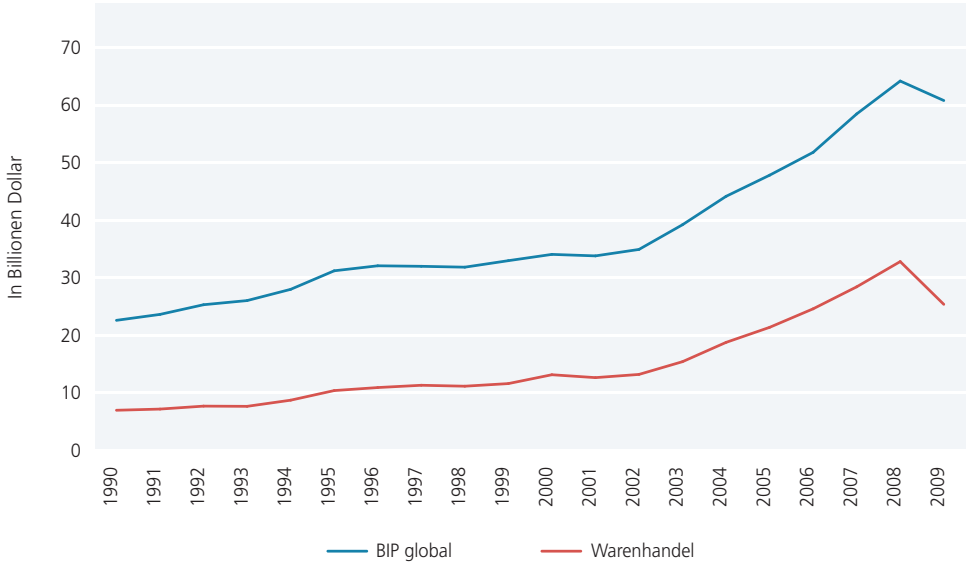
Globale Verlagerungen der Produktionsprozesse, weltumspannende Lieferketten und neue Technologien prägten diese Zeitperiode und führten zu einer Integration von Märkten und Staaten in einem bisher unbekannten Ausmass. Der Historiker Niall Ferguson prägte 2006 den Begriff «Chimerica» für die Symbiose der Volkswirt-

schaften Chinas und Amerikas, in welcher China produziere und die Einnahmen den USA als Kredit zum Kauf dieser Waren gewähre (Ferguson & Schularick, 2006).

Die Globalisierung hat Millionen von Menschen aus der Armut befreit, zu Produktivitätsgewinnen geführt, die Verbreitung von Technologien erleichtert und ein erhebliches wirtschaftliches Wachstum ermöglicht. Von 1999 bis 2008 hat sich das globale BIP verdoppelt und der Warenhandel verdreifacht. Für diese rasante Entwicklung verwendete der Ökonom Dani Rodrik den Begriff der Hyperglobalisierung (Rodrik, 2011).

Abbildung 2: Entwicklung des globalen BIP und des Warenhandels, 1990 bis 2009

Quelle: Weltbank



Im Jahr 2008 wurde das Vertrauen in die Globalisierung durch die weltweite Finanzkrise erschüttert. Die Krise wurde als das Resultat von übermässiger Deregulierung und neuen, spekulativen Finanzpraktiken angesehen, die durch die Globalisierung verstärkt wurden. Die Ereignisse in den Jahren 2008/2009 haben viel «Sand ins Getriebe» der Hyperglobalisierung gestreut und unterbrachen diesen Trend.

3.2 Neue Weltordnung: bipolar, multipolar oder multilateral?

Bereits während und im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich der Systemwettbewerb zurückgemeldet, da China im Gegensatz zum Westen vergleichsweise wenig Schaden durch die Krise erlitt. Spätestens seit 2017, mit der Amtsübernahme von Donald Trump, verschärfte sich das Verhältnis zwischen China und den USA kontinuierlich. Der Aufstieg Chinas zur zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt belastete die Beziehungen zwischen den beiden Grossmächten. Der Ukraine-Krieg trug zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen bei. Beide Supermächte streben nach Dominanz in der Weltordnung und bauen ihre Machtblöcke aus.

In einem Bericht des chinesischen Aussenamtes über die «Amerikanische Hegemonie und ihre Gefahren» werden die USA als kriegstreibende, ausbeuterische und unterdrückende Grossmacht beschrieben, die die Wahrheit ausser Kraft setzt und die Gerechtigkeit mit Füssen tritt (Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, 2023). In den USA hingegen wird China als Feindbild dargestellt – ein China, das nach globaler Vorherrschaft strebt und die Menschenrechte missachtet. Unter Präsident Donald Trump wurde China vom strategischen Partner zum grössten Herausforderer für die nationale Sicherheit, den wirtschaftlichen Wohlstand und die weltweiten Interessen der USA. Diese Einschätzung hat sich unter Präsident Joe Biden nicht verändert. Der harte Kurs gegenüber China ist ziemlich das einzige Thema, bei dem zwischen den Demokraten und Republikanern Einigkeit herrscht (Fischer, 2023). Ein neuer kalter Krieg ist nicht ausgeschlossen und möglicherweise schon länger im Gange. Das zeigt sich im Handels- und Technologiekrieg, der mit immer härteren Bandagen geführt wird, aber auch im Ukraine-Krieg, im Taiwan-Konflikt und in den anhaltenden Spannungen in der Pazifik-Region.

Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama lag jedenfalls falsch: Der Zerfall der Sowjetunion war nicht das Ende der Geschichte. Die Illusion von «Chimerica» ist ebenso geplatzt wie diejenige vom Sieg der demokratischen Marktwirtschaft.
Das Narrativ einer Weltentwicklung nach westlichem Muster ist passé. Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Im Jahr 2022 verzeichnet der Transformationsindex (BTI) der Bertelsmann Stiftung unter 137 Ländern erstmals seit 2004 mehr autokratische als demokratische Staaten (Bertelsmann Stiftung, 2022). Auch der Democracy-Index 2022 zeigt einen wachsenden Anteil von 56.9 Prozent aller Staaten

in den Kategorien «hybrid» bzw. «autoritäre Regime» (EIU, 2022). Das in Stockholm ansässige International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA) stellt eine besorgniserregende Erosion der Demokratie fest. Während in mehr als einem Drittel der demokratischen Länder Rückschläge in der Demokratie zu verzeichnen sind, werden autoritäre Systeme mit «starken Führern» zunehmend positiv bewertet (International IDEA, 2022).

Ob die neue Weltordnung bipolar, multipolar oder multilateral sein wird, ist gegenwärtig nicht abschliessend zu beurteilen (Dittli, 2023a). Aufgrund der Grösse der Volkswirtschaften und ihrer geopolitischen Position ist eine bipolare Ordnung, an deren Spitze die USA und China stehen, durchaus möglich. In diesem Szenario würde die Welt in zwei Einflusssphären aufgeteilt, womöglich mit eigenen Technologiestandards und Währungssystemen. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit einzelner Staaten und die Möglichkeiten von Unternehmen, Geschäftsbeziehungen mit verschiedenen Ländern zu unterhalten. Es könnte dazu kommen, dass multinationale Unternehmen zwei separate IT-Systeme aufbauen müssen – eines für China und eines für den Westen.

Der Schweizer Nachrichtendienst neigt zur Einschätzung einer bipolaren Weltordnung, die von der Systemrivalität zwischen den USA und China geprägt sein wird. Das Engagement der USA für Europa könnte sich unter einer neuen Präsidentschaft Donald Trumps oder eines anderen isolationistisch eingestellten Kandidaten im Jahr 2025 verringern (VBS, 2023).

Anders beurteilt es die deutsche Bundesregierung (Auswärtiges Amt, 2023a). Laut der nationalen Sicherheitsstrategie steht ein Zeitalter wachsender Multipolarität bevor: «Neue Machtzentren entstehen, die Welt des 21. Jahrhunderts ist multipolar.» Auch andere Länder halten das Szenario einer multipolaren Ordnung für wahrscheinlicher als das einer bipolaren. Nach ihrer Einschätzung beanspruchen neben China und den USA weitere Länder oder Ländergruppen wie Indien, Brasilien, Südafrika, Iran, Saudi-Arabien, die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und auch die EU ein stärkeres Mitspracherecht in internationalen Angelegenheiten. An ihrem letzten Gipfeltreffen im August 2023 gaben sich die BRICS-Staaten angriffig. Dort war von einem Umkrempeln der Weltordnung und

vom Ende des Dollars die Rede, um die Dominanz des Westens zu schwächen. Und gleich sechs neue Staaten treten ab 2024 dem Bündnis bei: Argentinien, Ägypten, Saudi-Arabien, Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate und Äthiopien.

Trotzdem besteht noch Hoffnung auf die Rückkehr zu einer multilateralen Weltordnung mit einem verlässlichen, regelbasierten Handelssystem und Kooperation zwischen grossen und kleinen Staaten, zumal es keine klaren Trennlinien zwischen einer multipolaren und einer multilateralen Ordnung gibt. So können auch in einer multilateralen Ordnung Rivalitäten zwischen Grossmächten bestehen und in einer multipolaren Weltordnung neue Kooperationsvereinbarungen zwischen mehreren Staaten getroffen werden. Nichtsdestotrotz steht der Multilateralismus gegenwärtig unter erheblichem Druck.

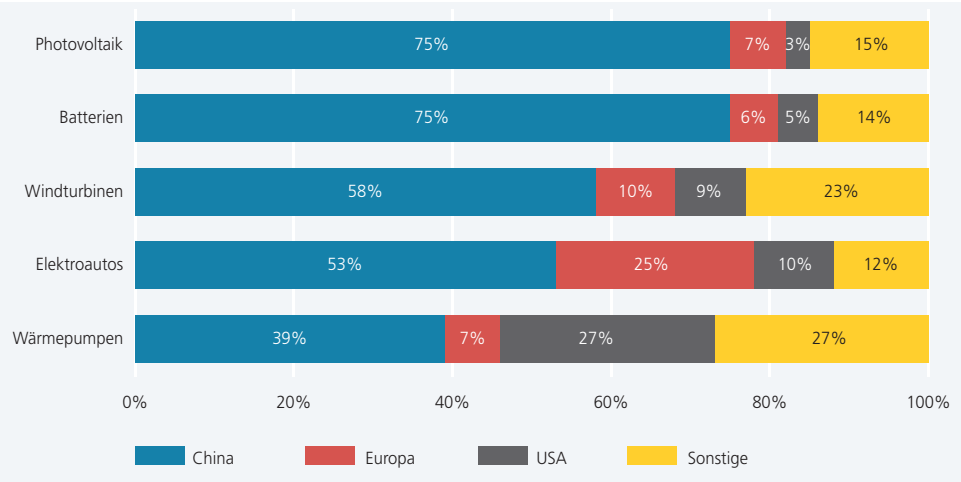
3.3 **Die internationalen Abhängigkeiten im Visier**

Die Weltwirtschaft ist durch globale Wertschöpfungsketten eng verbunden. Während der Covid-19-Pandemie wurde deutlich, wie stark globale Lieferketten in Gefahr geraten können. So fragt sich beispielsweise manch einer, warum es die Schweiz als Pharmariese nicht schafft, akute Knappheiten bei Medikamenten zu verhindern.

Seit der Pandemie und dem Ausbruch des Ukraine-Krieges ist die Sensibilität für Abhängigkeiten stark gestiegen. Abhängigkeiten machen anfällig und beeinträchtigen die Widerstandsfähigkeit. Es zeigt sich, dass immer mehr Güter als strategisch relevant eingestuft werden und deshalb Gegenstand politischer Kontrolle sind. Dazu gehören unter anderem Halbleiter, Batterien und die dafür notwendigen strategischen Rohstoffe (Lionnet et al., 2023). Angesichts Chinas Vormachtstellung bei vielen dieser Güter stehen westliche Länder vor der Herausforderung, sich von China unabhängiger zu machen. Insbesondere bei Lieferketten im Bereich der erneuerbaren Energien ist China stark präsent (IEA, 2023a).

Abbildung 3: Weltmarktanteile an Technologien für erneuerbare Energien nach Regionen, 2022

Quelle: IEA (2023a)



Für die grünen politischen Agenden spielen Seltene Erden eine essenzielle Rolle, vor allem in den Bereichen erneuerbare Energien, Elektronik- und Kommunikationsgeräte, Robotik, Elektrofahrzeuge, Luft- und Raumfahrt sowie Verteidigung. China kontrolliert mehr als 90 Prozent des Marktes für die Verarbeitung und Veredelung vieler dieser Metalle. Im Jahr 2020 bezog die EU 98 Prozent ihres Bedarfs an Seltenen Erden aus China (Gauss et al., 2021).

Die Wirtschaft hält wenig von der einst von Washington propagierten Abkoppelung («Decoupling») von China. Stattdessen liegt der Fokus auf «De-Risking» – also darauf, die Risiken zu streuen, zu mindern und Lieferketten robuster zu gestalten (Müller, 2023). Im Mai 2023 haben die G7-Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Vereinigtes Königreich und die USA) beschlossen, nicht auf ein «Decoupling» zu setzen. Deutschland, das kurz vor den Sommerferien 2023 zum ersten Mal eine China-Strategie vorlegte, verfolgt ebenfalls eine «De-Risking-Strategie» (Hoffer, 2023). Bei der Präsentation sagte die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock: «Wir können uns einfach kein zweites Mal das leisten, was wir uns durch den russischen Angriffskrieg leisten mussten. Nämlich über 200 Milliarden Euro

gesamtgesellschaftlich dafür aufzuwenden, dass wir uns aus einer Abhängigkeit befreit haben.» (Auswärtiges Amt, 2023b).

«Decoupling» und «De-Risking» werden umso bedeutender, je mehr politische, wirtschaftliche oder militärische Akteure bewusst Abhängigkeiten nutzen, um ihre Ziele zu verfolgen. Für diese Instrumentalisierung von Abhängigkeiten wird auch der Begriff «Weaponized Interdependence» verwendet (Drezner et al., 2021). Er verdeutlicht, dass Abhängigkeiten gezielt als Waffe eingesetzt werden können und es notwendig ist, diese potenziellen Risiken sorgfältig zu managen. Während das Erpressungspotenzial bei Gas und Erdöl sukzessive abnehmen dürfte, könnte die Abhängigkeit von Seltenen Erden oder kritischen Mineralien aufgrund der Energiewende zunehmen.

Die Europäische Kommission hat fünf Bereiche analysiert, in denen strategische Abhängigkeiten bestehen: Seltene Erden und Magnesium, Chemikalien, Solarpanels, Cybersicherheit und IT-Software (Europäische Kommission, 2022). In der Schweiz wurde der Bundesrat mit einem Postulat der Sozialdemokratischen Fraktion eingeladen, kritische Infrastrukturen, Branchen und Produkte mit besonderen Abhängigkeiten zu evaluieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen (Sozialdemokratische Fraktion, 2022).

Die USA und China betrachten digitale Technologien als strategische Ressource, die sie auch machtpolitisch einsetzen. So droht der chinesischen App TikTok in den USA ein Komplettverbot. Auch ein Verbot der chinesischen Modefirma Shein steht im Raum, der grössten Online-Modefirma der Welt. Shein soll Daten von Millionen von Nutzern sammeln, Peking damit potenziell als Spionagevehikel dienen und so zur Gefahr für die nationale Sicherheit werden. Das sei der wahre Preis, den man für die billigen Kleidungsstücke zahle, ist Tom Tugendhat, britischer Staatssekretär für Sicherheit, überzeugt (Baumann & Büchenbacher, 2023). Ende 2022 haben die USA die Einfuhr und den Verkauf von Huawei-Geräten verboten. Auch die EU rief ihre Mitgliedstaaten anlässlich der Präsentation ihrer «European Security Strategy» im Juni 2023 dazu auf, Huawai aus ihren 5G-Netzen zu verbannen (Europäische Kommission, 2023a). Der Zugang zu WhatsApp und anderen Diensten wie Facebook oder X (vormals Twitter) ist demgegenüber in China schon lange gesperrt. Im September 2023 hat China die

Ausweitung des Verbotes von iPhones bekannt gegeben. Weil China mit einem Anteil von 20 Prozent zum grössten Markt für das iPhone (vor den USA) avanciert ist, befürchten amerikanische Kommentatoren von diesen Restriktionen gegen Apple enorme geopolitische Auswirkungen (Sander, 2023). Diese Beispiele weisen auch auf die immense Bedeutung von IT-Giganten hin.

Die Einschätzung und die Gestaltung sowie die Reduktion der Abhängigkeiten und die damit verbundenen potenziellen Risiken sind entscheidend für die künftige Fragmentierung der globalen Weltordnung.

3.4 Dekarbonisierung: Die Transformation als Herkulesaufgabe

Windräder, Wärmepumpen und Solarpanels sollen nicht nur den CO_2-Ausstoss reduzieren, sondern auch eine «geopolitische Dividende» bringen, da Wind, Erdwärme und Sonne nicht importiert werden müssen. Der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien ist aber eine grosse Aufgabe, die sowohl Gewinner als auch Verlierer hervorbringt und zu Machtverschiebungen führt. Die Transformation löst zwar viele Investitionen aus, steigert aber die Produktion in gewissen Bereichen und sorgt für neue Märkte. Gleichzeitig werden jedoch auch alte Strukturen vernichtet. So braucht es beispielsweise nicht mehr, sondern klimafreundlichere Autos. Wer aufgrund der Transformation hohe Wachstumsraten erwartet, wird wohl enttäuscht werden.

Der Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente wie Subventionen, Steuern, CO_2-Grenzausgleich oder Import- und Exportrestriktionen zur Beschleunigung der Energiewende kann zu geopolitischen Spannungen führen und neue Abhängigkeiten schaffen. Rohstoffe und Technologie, auch für erneuerbare Energien, sind Mittel der Geopolitik.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) warnt vor «Grünen Schwänen», die der fortschreitende Klimawandel hervorbringen könnte – ähnlich den «Schwarzen Schwänen» des Publizisten Nassim Nicholas Taleb. Beide Begriffe beschreiben aussergewöhnliche negative Ereignisse mit enormen Auswirkungen, die ausserhalb der normalen Erwartungen liegen (Bolton et al., 2020).

Die Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050 erfordert grosse und schnelle technologische Fortschritte, einen Werte- und Strukturwandel im Konsum und in der Produktion sowie eine globale politische Steuerung. Denn die Atmosphäre ist ein Allmendegut, das von der ganzen Welt benutzt werden kann, ohne einen Eigentümer zu haben. Die Konsequenzen der wachsenden Treibhausgasemissionen verteilen sich global. Beim Klimawandel handelt es sich um ein weltweites Problem, für das es keine globale Instanz gibt (Eisenhut et al., 2022).

Die aktuellen Tendenzen zu einer Weltordnung mit zwei Einflusssphären erschweren globale Lösungsansätze wie einen weltweiten CO_2-Preis oder ein globales CO_2-Emissionshandelssystem. In der Klimapolitik zeichnet sich zudem eine Polarisierung zwischen dem globalen Norden und Süden ab. Die Industrieländer des Nordens tragen eine historische Verantwortung für die Treibhausgasemissionen, für die ärmere Länder des Südens Ausgleichszahlungen fordern. Die Weltklimakonferenz in Ägypten im Herbst 2022 einigte sich erstmals auf einen Finanztopf für Klimaschäden in ärmeren Ländern (NZZ, 2022). Ein weiteres Kräftemessen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern steht an der nächsten Klimakonferenz in Dubai im Dezember 2023 an.

Der Umbau der Weltordnung, die internationalen Abhängigkeiten und die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft erfordern Anpassungen in der Wirtschaftspolitik.

4 | Die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik

4.1 Geoökonomie, strategische Handelspolitik und Industriepolitik im Aufwind

Es sei vorab festgestellt: In der Wirtschaftspolitik finden gegenwärtig fundamentale Veränderungen statt. Es ist zwar nicht neu, dass Staaten Zölle, Steuern oder Sanktionen und weitere wirtschaftspolitische Instrumente einsetzen. Doch in jüngster Zeit erfreuen sich solche Ansätze in der Wirtschaftspolitik einer besonders hohen Kreativität und Beliebtheit. Geopolitische Konflikte, Lieferengpässe, Energieknappheit und Klimawandel bieten offensichtlich einen fruchtbaren Boden für Sanktionen, Export- und Importkontrollen, Steuern und Subventionen.

Seit der Covid-19-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine sind nicht nur aussenwirtschaftliche, sondern auch aussenpolitische Abhängigkeiten ins Blickfeld geraten. So spielen geopolitische Erwägungen bei der Gestaltung der internationalen Handelsbeziehungen eine wachsende Rolle. Die zunehmenden geopolitischen Spannungen und die Frage der nationalen Sicherheit, insbesondere in strategisch wichtigen Sektoren und Warenkategorien, machen Eingriffe in den Handel akzeptabler.

Die Geoökonomie beschäftigt sich mit dem Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente zu machtpolitischen Zwecken und analysiert die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Geopolitik (Felbermayr, 2023). Ein Beispiel dafür ist die Gaspipeline Nord Stream in der Ostsee, mit der Russland das Ziel verfolgte, Länder wie Deutschland an sich zu binden, indem der Zugang zu Gas gewährleistet wurde, ohne auf den Transit durch Nachbarstaaten angewiesen zu sein. China wiederum will mit seinem Projekt «Neue Seidenstrasse» zahlreiche Staaten an sich binden und investiert stark in strategische Infrastruktur in Afrika. Als Reaktion darauf haben die G7 die Initiative «Build Back Better World» ins Leben gerufen, die private Investitionen in Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern fördern soll (Görg & Kamin, 2021).

Strategische Handelspolitik bezieht sich auf politische Massnahmen und Strategien, um Handelsbeziehungen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und damit die eigene Volkswirtschaft zu fördern (Peterson, 2023). So soll zum Beispiel der «Buy American Act» sicherstellen, dass Waren bei der öffentlichen Beschaffung nicht nur vollständig in den USA hergestellt werden, sondern auch mindestens 50 Prozent der Wertschöpfung ihrer Bestandteile aus den USA stammen. Auch China verfolgt mit

der «Dual Circulation Strategy» und der «Made in China 2025»-Strategie die Stärkung der heimischen Produktion und den Aufstieg zur technologischen Supermacht (Averkin & Dümmler, 2022). Die EU plant, die modernsten Halbleiter zukünftig innerhalb ihrer Grenzen zu produzieren und hat dafür den «European Chips Act» geschaffen (Schmutz, 2022). Damit tritt die EU in den Subventionswettlauf mit den USA und China ein, wobei China und die USA nicht nur mit Subventionen, sondern auch durch Exportverbote bzw. -kontrollen in den Markt eingreifen.

Unter Industriepolitik versteht man staatliche Massnahmen und Strategien zur Förderung und Entwicklung bestimmter Branchen oder Sektoren einer Volkswirtschaft. Meistens tragen die handelspolitischen Massnahmen verlockende Namen wie zum Beispiel «Inflation Reduction Act», «Infrastructure Investment and Jobs Act», «European Green Deal», «Fonds Next Generation» oder «United States Innovation and Competition Act», die nicht nur marktwirtschaftlich und ethisch unbedenklich erscheinen, sondern auch eine moralische Rechtfertigung suggerieren.

«Transformative Angebotspolitik» ist eine neue Wortschöpfung des deutschen Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck. Dabei geht es im Kern darum, die Transformation der unternehmerischen Geschäftsmodelle zur CO_2-Neutralität durch staatliche Gelder zu unterstützen.

4.2 Die Renaissance der Industriepolitik

Die drei Konzepte – Geoökonomie, strategische Handelspolitik und Industriepolitik – sind miteinander verbunden, und die eingesetzten wirtschaftspolitischen Instrumente sind oft nicht eindeutig zuzuordnen. Gegenwärtig erfreuen sich alle drei Konzepte einer wachsenden Beliebtheit. Industriepolitische Eingriffe erleben eine eigentliche Renaissance. Regierungen bestimmen, was zukünftige Erfolgsbranchen sowie Produkte sind und unterstützen, schützen oder locken entsprechende Unternehmen an. Eingesetzt werden dafür vorwiegend Subventionen, Zölle, Ausfuhrkontrollen und Steuererleichterungen.

«Renaissance» passt besonders gut zur Industriepolitik, da Frankreich als Mutterland dieser Politikrichtung gilt. Beispiele für industriepolitische Initiativen Frankreichs sind die Entwicklung des Überschallflugzeuges Concorde, der «Plan Calcul» zur

Förderung der Computerindustrie und die Gründung des Flugzeugherstellers Airbus. Nicht alle Initiativen waren von Erfolg gekrönt. Der Industriesektor in Frankreich ist im Laufe der Zeit geschrumpft und trägt heute weniger als zehn Prozent zur Wertschöpfung des Landes bei (Fuest, 2023). Mit dem Investitionspaket «France 2030», der Förderung zukunftsträchtiger Branchen, soll dieser Trend nun einmal mehr umgekehrt werden.

Die USA sorgten im Herbst 2022 mit dem «Inflation Reduction Act» (IRA) für grosses Aufsehen, der nur am Rande mit der Inflation zu tun hat. Anlass für dieses Programm waren vielmehr das hohe Handelsbilanzdefizit, Lieferengpässe, die geopolitische Sensibilität nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine und das gestiegene Bewusstsein für die Abhängigkeit vom Import kritischer Rohstoffe. Der IRA soll den USA zu mehr Wachstum, Widerstandsfähigkeit und einer gestärkten Industrie verhelfen – «Making America Manufacture Again» (Leisinger, 2023).

Die wichtigsten Investitionsbereiche sind Steuervergünstigungen für saubere Energie, klimaneutrale Produktion und ebensolche Fahrzeuge, individuelle Anreize zur Verwendung von erneuerbarer Energie, Investitionen in den Naturschutz, Transport und Infrastruktur, Gebäudeeffizienz und CO_2-Speicherung. Der IRA geht jedoch weit über ein Investitions- und Subventionsprogramm hinaus. Er zielt darauf ab, nicht nur ökologischer zu werden, sondern auch die industrielle Basis zu stärken, die Abhängigkeit von China zu reduzieren und Lieferketten für erneuerbare Energien zurückzuholen (Hosp, 2023). So wird ein Grossteil der Steuergutschriften nur gewährt, wenn ein bestimmter Anteil des Produktes in den USA hergestellt wird oder aus Ländern stammt, mit denen die USA ein Freihandelsabkommen abgeschlossen haben. Subventionen für den Kauf von Elektroautos werden nur dann gesprochen, wenn deren Endmontage in den USA, in Mexiko oder Kanada erfolgt. Das kommt für Europas Autobranche einem Albtraum gleich.

Für das Investitionsprogramm IRA sind Ausgaben von rund 430 Milliarden Dollar vorgesehen. In Kombination mit dem «Infrastructure Investment and Jobs Act» sowie dem «Chips and Science Act» summieren sich die Ausgaben auf deutlich über eine Billion Dollar. Zur Finanzierung der Subventionen sind neben der Aufnahme von Schulden auch eine Reihe von Steuererhöhungen vorgesehen. Die wohl wichtigste

Massnahme ist der Mindeststeuersatz von 15 Prozent für grosse Unternehmen mit mehr als einer Milliarde Dollar Jahresgewinn. Davon betroffen sind nicht nur multinationale Unternehmen mit Tochtergesellschaften in den USA, sondern auch Konzerne in anderen Ländern. Denn die USA haben dieselbe Steuerwende auch auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingeleitet. Die OECD-Steuerreform dürfte den internationalen Wettbewerb der Länder um tiefe Gewinnsteuersätze zum Stillstand bringen, während gleichzeitig ein zusätzlicher Wettbewerb um Subventionen ausgelöst wird.

Reaktionen der EU auf den amerikanischen «Protektionismus mit grünem Umhang» liessen nicht lange auf sich warten. Sie tut es den USA gleich und setzt ebenfalls vorwiegend auf Subventionen. Anfang 2023 hat die Europäische Kommission den «Green Deal Industrial Plan» vorgestellt, gefolgt vom «Net-Zero Industry Act» im März 2023 (Europäische Kommission, 2023b). Diese Verordnung setzt auf die Förderung besonders vielversprechender Technologien, darunter Solarenergie, Windkraft, Batterien, Wärmepumpen, Speichertechnologien, Geräte zur Absorbierung von Kohlendioxyd und alternative Kraftstoffe. Bis 2030 sollen mindestens 40 Prozent des jährlichen Bedarfs der EU an sauberen Energien von EU-Herstellern erzeugt werden.

Die Hauptstütze hierbei sind staatliche Beihilfen, wobei das bestehende Regelwerk nach Covid-19 und dem Ukraine-Krieg nun erneut gelockert werden muss. Besonders bemerkenswert ist, dass die EU-Mitglieder nahezu beliebige Beiträge sprechen können, um Unternehmen von einem Umzug in die USA oder nach China abzuhalten. Insgesamt summiert sich die Unterstützung auf etwa eine Billion Euro (Schmutz, 2023a).

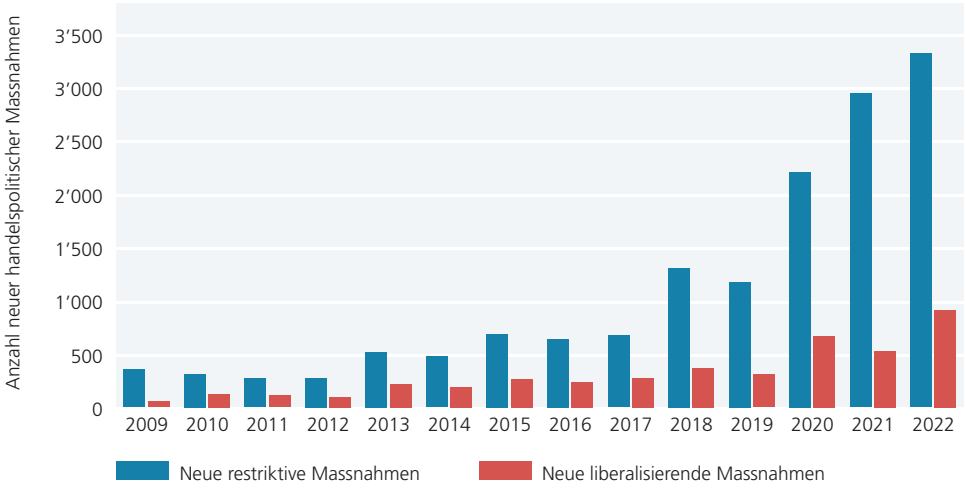
Laut einer Umfrage des World Economic Forum (WEF) bei führenden Chefökonomen erwarten fast drei Viertel von ihnen, dass die Industriepolitik in den kommenden Jahren zu einem weitverbreiteten globalen Ansatz der Wirtschaftspolitik werden wird (WEF, 2023).

4.3 «Subventionsfieber» und «Protektionismus-Grippe»

Gemäss Global Trade Alert wurden von 2009 bis Mitte 2023 weltweit kumuliert rund 43’000 restriktive und gut 9’000 liberalisierende Handelsmassnahmen eingeführt. Mitte 2023 beträgt dementsprechend der Nettostand der restriktiven Massnahmen rund 34’000 (Global Trade Alert, 2023). Die restriktiven Massnahmen haben vor allem in den Jahren 2020 bis 2022 stark zugenommen.

Abbildung 4: Anzahl neuer handelspolitischer Massnahmen weltweit, 2009 bis 2022

Quelle: Global Trade Alert, Reporting-lag bereinigte Daten bis 31. Dezember 2022



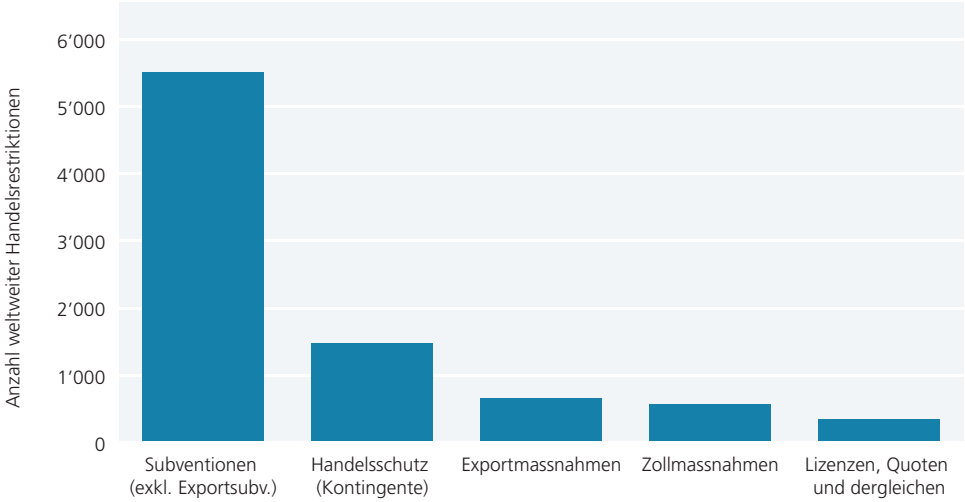
Die Kategorisierung der Handelsinterventionen zeigt, dass seit 2020 insbesondere Subventionen eingesetzt wurden, die mittlerweile einen Anteil von über 60 Prozent einnehmen (Abbildung 5). Dabei dürften Subventionen für erneuerbare Energien derzeit einen Rekordwert erreichen. Auch die «Transformative Angebotspolitik» von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck aus Deutschland zielt im Wesentlichen darauf ab, die Umwandlung unternehmerischer Geschäftsmodelle hin zur CO_2-Neutralität mit staatlichen Geldern zu unterstützen (Löhr, 2023).

Wer allerdings denkt, Subventionen würden ausschliesslich erneuerbaren Energien zugutekommen und nicht fossilen Brennstoffen, irrt sich. Gemäss Schätzungen der

Internationalen Energieagentur haben die globalen Subventionen für fossile Brennstoffe im Jahr 2022 einen neuen Höchstwert erreicht. In der Folge des Ukraine-Krieges haben sie sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt und betragen nun mehr als eine Billion Dollar (IEA, 2023b). Das entspricht weltweit in etwa 80 Dollar pro Person.

Abbildung 5: Anzahl weltweiter Handelsrestriktionen nach Art der Massnahme, kumuliert, 2020 bis Mitte 2023

Quelle: Global Trade Alert



Einen ebenfalls bemerkenswerten Zuwachs verzeichneten die Export- und Importrestriktionen, wobei die unterschiedlichen Niveaus zu beachten sind (Abbildung 6 und Abbildung 7).

Abbildung 6: Neue Exportrestriktionen pro Jahr, weltweit, 2014 bis 2022

Quelle: Global Trade Alert, Reporting-lag bereinigte Daten bis 31. Dezember 2022

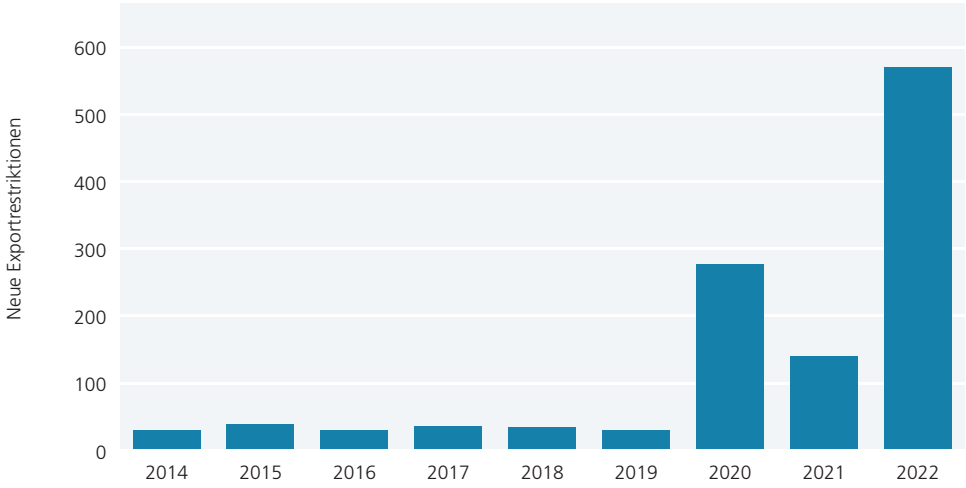
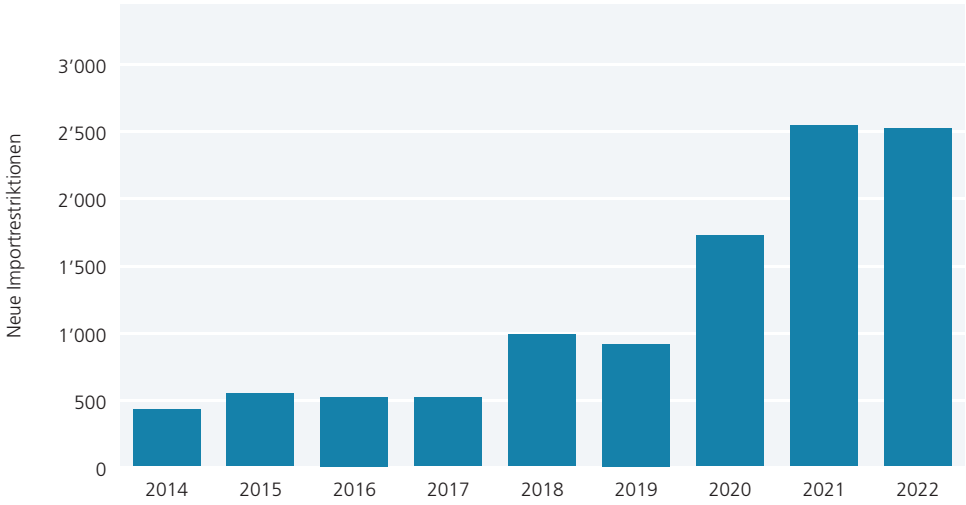


Abbildung 7: Neue Importrestriktionen pro Jahr, weltweit, 2014 bis 2022

Quelle: Global Trade Alert, Reporting-lag bereinigte Daten bis 31. Dezember 2022

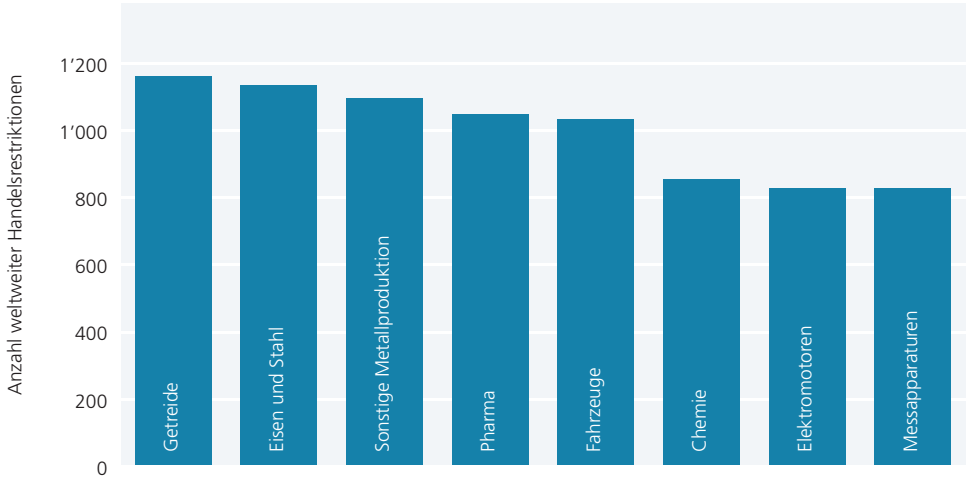


Im Jahr 2022 unterlagen gemäss der WTO 11.5 Prozent aller Importe der G20-Staaten Handelsbeschränkungen. Besonders die Seltenen Erden wie Platinum, Germanium, Cobalt oder Palladium sind mit 80 Prozent bis 90 Prozent von Restriktionen betroffen (WTO, 2023).

Abbildung 8 zeigt, welche Branchen in den letzten Jahren stark mit Handelsrestriktionen belegt wurden. Bei diesen Statistiken ist zu beachten, dass es sich um quantitative Erhebungen handelt, die nicht nach dem Wert oder dem Umfang der von den Handelsmassnahmen betroffenen Waren gewichtet sind.

Abbildung 8: Anzahl weltweiter Handelsrestriktionen nach ausgewählten Branchen, 2020 bis Mitte 2023

Quelle: Global Trade Alert



4.4 Ist die Wirtschaftspolitik auf dem «richtigen» Weg?

Dass die Globalisierung nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer hervorgebracht hat, ist unbestritten. Globalisierung ist zum Feindbild nationalistischer Politiker, zum Symbol chinesischer Übermacht und wachsender Ungleichheit geworden und damit politisch von rechts und links unter Beschuss gekommen. Der Wechsel in der Wirtschaftspolitik vollzog sich also nicht grundlos.

Ökonom Dani Rodrik spricht von einem fundamentalen politischen Trilemma der Weltwirtschaft (Rodrik, 2011). Denn globale wirtschaftliche Integration, Demokratie und nationale Souveränität seien unvereinbar. Man könne nicht alle drei im Paket haben, sondern man müsse sich gegen eines der drei entscheiden. Nationale und globale Interessen stehen in einem fragilen Gleichgewicht. Zu viel Globalisierung gefährdet das Vertrauen in den Staat und fördert Abhängigkeiten. Zu viel nationale Interessen führen zu Protektionismus, Abschottung oder Schlimmerem.

Die Finanzkrise, die Euro-Schuldenkrise, der Handelskrieg, Covid-19 und der Ukraine-Krieg haben verdeutlicht, dass die internationalen Verknüpfungen und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten zum Problem werden und zur Spaltung der Gesellschaft beitragen können. Die Trendwende in der Wirtschaftspolitik, welche den Fokus vermehrt auf die eigene Volkswirtschaft und auf mehr Souveränität bzw. weniger Abhängigkeit setzt, ist also keine Überraschung.

Zudem gibt es auch aus ökonomischer Perspektive Gründe für Staatseingriffe. So sind zur Erreichung der Klimaneutralität staatliche Eingriffe aufgrund negativer externer Effekte bezüglich Umweltbelastung notwendig. Gleichzeitig ergeben sich aus Forschung und Entwicklung positive Externalitäten, von denen verschiedene Unternehmen profitieren. Ein Argument für staatliche Interventionen im internationalen Kontext sind Nachteile für die eigene Volkswirtschaft, falls nicht alle Staaten mit gleichen Mitteln auf negative externe Effekte reagieren. In diesen Fällen kann es zu «Carbon Leakage», also zur Verlagerung der Produktion in andere Regionen kommen. Dadurch wird im «grünen» Land eine Deindustrialisierung in Gang gesetzt, ohne dass der Klimaschutz davon profitiert (Eisenhut et al., 2022). Gerade der Klimawandel ist allerdings ein Thema, für das internationale Zusammenarbeit und globale Vernetzung von zentraler Bedeutung sind.

Führen die Abhängigkeiten zu Marktmacht einzelner Unternehmen, ist auch dies ein legitimer Grund für staatliche Eingriffe. Klumpenrisiken bei importierten Produkten stellen negative Beschaffungsexternalitäten dar, die zu Produktionsausfällen auf volkswirtschaftlicher Ebene führen können (Peterson, 2023).

Staatliche Eingriffe in den internationalen Handel können zudem gerechtfertigt sein, wenn die nationale Sicherheit dies erfordert. Sicherheitspolitische Einschränkungen des Handels sind auch in den Bestimmungen der Welthandelsorganisation verankert (GATT, 1986). Negative externe Effekte, in diesem Fall sicherheitspolitische Externalitäten, können also Markteingriffe rechtfertigen. In den letzten Jahren wurden denn auch zahlreiche Interventionen im Dienst der nationalen Sicherheit ergriffen. So hat Präsident Donald Trump bereits im Jahr 2018 Strafzölle für Stahl und Aluminiumimporte mit dem Hinweis auf die nationale Sicherheit erhoben.

Ist die Wirtschaftspolitik also auf dem «richtigen» Weg? Ein solches Urteil beruht auf der Auswahl und Gewichtung der Kriterien. An dieser Stelle wäre eine Antwort zu voreilig, auch weil wir uns erst im nächsten Kapitel mit den Nachteilen der aktuellen Wirtschaftspolitik auseinandersetzen.

Hier sei daran erinnert, dass die Globalisierung mit ihren weltumspannenden Lieferketten die Produktivität gesteigert, die Verbreitung von Technologien gefördert, Kosten und Preise gesenkt, die Effizienz erhöht und den Wohlstand vermehrt hat. Nun stehen Sicherheit, Unabhängigkeit, Souveränität und die ideologische Kompatibilität von machtbasierten Handelssystemen im Vordergrund. Die Effizienz hingegen rückt bei der gegenwärtigen Umgestaltung des weltweiten Handelssystems und der Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in den Hintergrund (vgl. Kapitel 4.5).

Widerstandskraft kostet: In verschiedenen Studien wurde der Versuch unternommen, die wirtschaftlichen Kosten einer Abkoppelung bzw. eines Verzichts auf globale Lieferketten zu schätzen. Die Resultate haben eines gemeinsam: Abkoppelung führt zu Wohlstandsverlusten in allen Ländern, wenn auch zu unterschiedlich grossen (Felbermayr et al., 2022). Diesen Wohlstandsverlusten stehen allfällige Nutzengewinne wie weniger Abhängigkeit und mehr Selbstbestimmung gegenüber.

4.5 Nachteile und Gefahren von Subventionen und der Industriepolitik

In der Klimapolitik sind Marktversagen und externe Effekte unbestritten. «Das Grün der Ökonomen» sind die Kostenwahrheit und das Verursacherprinzip. Die Kosten sollen diejenigen tragen, die sie verursachen. Dadurch werden die richtigen Anreize geschaffen, um umweltgerechtes Verhalten zu fördern, negative Auswirkungen auf die Staatsfinanzen zu vermeiden und eine effiziente Ressourcennutzung sicherzustellen.

Die subventionierte Klimapolitik dreht diese Grundsätze um. Sie belohnt die Vermeidung von Emissionen, wobei nicht die Verursacher, sondern letztlich die Steuerzahler die Kosten tragen. Dies fördert die «Kostenunwahrheit» und verdeckt die wahren Kosten, setzt Preissignale teilweise ausser Kraft und führt zu Marktverzerrungen und falschen Anreizen. Mit Subventionen lassen sich zwar kurz- und mittelfristig die wirklichen Kosten einer klimaneutralen Energiewende verschleiern. Subventionierter Strom ist aber nicht billiger. Er verteilt lediglich die Kosten vom Verbraucher auf die Steuerzahler um. Die Opportunitätskosten bleiben mehr oder weniger verborgen.

Subventionen begünstigen in der Regel wenige, während ihre Finanzierung auf viele verteilt wird. Dies führt zur Bildung von Interessengruppen mit tatkräftigen Lobby-Aktivitäten. Es kommt zum typischen «Rent-Seeking», der Suche nach Einkommen ohne die Erbringung einer Leistung. Daran beteiligen sich auch Unternehmen und ihre Verbände.

«Das süsse Gift der Subventionen hat noch jeden süchtig gemacht.» (Höltschi, 2023a). Die Erfahrungen zeigen, dass einmal gewährte Subventionen nur schwer wieder abgeschafft werden können, da sie Abhängigkeiten schaffen. Es besteht auch die Gefahr von Umsetzungsproblemen: Bürokratie- und Folgekosten bei der Abgrenzung der Subventionsberechtigten, bei der Einreichung der Anträge, bei der Einhaltung und Überwachung der Regeln sowie der Verfolgung und Bestrafung von Missbrauch.

Ein Beispiel für ein Bürokratiemonster ist das geplante Klassifizierungssystem der EU-Taxonomie. Als ein Teil des «Green Deal» müssen ab dem 1. Januar 2024 etwa

49’000 Unternehmen über die Auswirkungen ihres Geschäftes auf Mensch und Umwelt sowie über die Nachhaltigkeitsaspekte berichten. Die anvisierten «European Sustainability Reporting Standards» umfassen derzeit 1’144 Berichtsanforderungen (Schnabel, 2023). Weil die Gefahr droht, das Know-how bezüglich solcher Vorschriften sowie den Überblick im Subventionsdschungel und dessen Antragsformalitäten zu verlieren, bildet sich für die entsprechenden Dienstleistungen ein spezialisierter Beratungscluster heraus. Neben den 49’000 direkt betroffenen grossen Unternehmen werden wohl auch die Zulieferer, unabhängig von ihrem Sitz, diese Standards erfüllen müssen.

Subventionen und Industriepolitik bergen die Gefahr eines Politikversagens in sich. Die Politik masst sich das Wissen darüber an, wo die Märkte der Zukunft liegen, welches die zukunftsträchtigen Branchen und Produkte sein werden. Die Gefahr von Fehleinschätzungen ist hoch und sicherlich grösser als bei dezentralen Investitionsentscheidungen durch Unternehmen. Das Identifizieren von komparativen Kostenvorteilen ist keine Staatsaufgabe, sondern ein wesentlicher Vorteil von Märkten bzw. des Wettbewerbs zwischen Unternehmen.

Die Identifizierung der effizientesten Subventionen ist ein komplexes Unterfangen, weil man für unzählige Massnahmen Kosten und Nutzen über einen langen Zeitraum abschätzen muss und dabei nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Auswirkungen zu berücksichtigen hat. Einzukalkulieren sind auch die technologischen Innovationen. Die Wahrscheinlichkeit, die Subventionen «richtig» einzusetzen, ist zwar unter all diesen Aspekten vermutlich nicht besonders hoch, aber mit relativ grosser Sicherheit kostspielig. Jedenfalls stehen sie – besonders im Angesicht der öffentlichen Verschuldung – Budgetrestriktionen gegenüber (Wyplosz, 2023).

Betrachtet man Subventionen in einem einzelnen Land, können sie zu tieferen Produktionskosten für die Unternehmen und sinkenden Preisen führen. Es kann auch zu einer Ausweitung der Produktion und der Nachfrage kommen. Stehen die Unternehmen dieses Landes aber im internationalen Wettbewerb, werden andere Länder nachziehen. Daraus kann ein Subventionswettlauf entstehen, bei dem es keine Gewinner gibt. Statt Wettbewerb zwischen Unternehmen dominiert der Sub-

ventionswettbewerb unter Staaten, der zu globalen Überinvestitionen und damit Überkapazitäten in den unterstützten Branchen führen kann.

Gemäss einer Einschätzung zu den Auswirkungen des «Inflation Reduction Act» befürchten in Deutschland gut die Hälfte der Experten eine Abwanderung und 59 Prozent empfehlen politische Massnahmen gegen den IRA, wobei Subventionen, Infrastrukturmassnahmen und Industriepolitik im Vordergrund stehen (Gründler et al., 2023).

Im Bewusstsein dieser Expertenergebnisse erstaunt es nicht, dass sich die «Subventionitis» ausbreitet. Zumal Subventionen einen besonderen politischen Reiz haben, erlauben sie doch das Belohnen von gewünschtem Verhalten. Es dürfen Geschenke an Wählerinnen und Wähler verteilt werden. Das steigert die Akzeptanz, die Beliebtheit und (Wieder-)Wahlchancen von Politikerinnen und Politikern. Dies erklärt auch, warum Subventionen dazu dienen können, Partikularinteressen zu fördern (Rutz & Grabher, 2023). Der Wettbewerb zwischen Unternehmen wird damit zumindest teilweise dem «Subventionsfieber» geopfert. Das verstösst zwar gegen die ökonomische Lehre, aber es gibt keinen Schiedsrichter, der diesem Wettlauf Einhalt gebieten könnte.

Die multiplen Krisen haben einen prägenden Einfluss auf die Geopolitik und die Anwendung von wirtschaftspolitischen Massnahmen. Besonders davon betroffen sind die Unternehmen.

5 | Die Veränderungen bezüglich Unternehmensstrategien

5.1 Die unternehmerischen Herausforderungen

Über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg haben Unternehmen in Europa und den USA nach den günstigsten Produktionsstandorten auf der ganzen Welt gesucht, Offshoring und Outsourcing umgesetzt, um die Kosten für Lieferketten zu reduzieren. Das Geschäftsmodell grosser und mittlerer Unternehmen basierte entsprechend auf globalen Beschaffungs- und Absatzmärkten, weltweit verteilten Tochtergesellschaften und der Verfügbarkeit von günstigen internationalen Ressourcen.

Dieses Geschäftsmodell wird jedoch mehr und mehr bedroht: durch die Pandemie und die gestörten Lieferketten, durch den Ukraine-Krieg und die Energieversorgungskrisen, durch die Neuausrichtung der Geopolitik und die Abkoppelungsgelüste sowie durch die Neujustierung der Wirtschaftspolitik vieler Staaten. Abbildung 9 stellt die verschiedenen Bedrohungen des bisherigen Geschäftsmodells dar.

Abbildung 9: Bedrohungen des bisherigen Geschäftsmodells

Quelle: Glunz (2023)

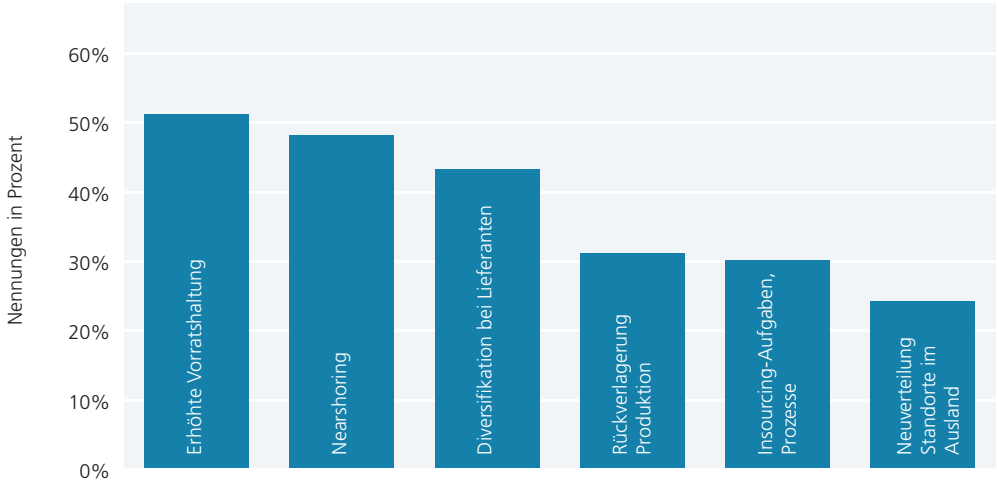
5.2 Die unternehmerische Neuausrichtung

Um diese Herausforderungen zu meistern, haben Unternehmen weltweit begonnen, ihre Wertschöpfungs- und Lieferketten zu überdenken und umzubauen. Schweizer Klein- und Mittelunternehmen (KMU) haben dabei die folgenden Schwerpunkte

gesetzt: Erhöhung der Lagerhaltung, stärkere Fokussierung bei der Beschaffung von Vorleistungen auf nähergelegene Regionen («Nearshoring») und grössere Diversifizierung bei Lieferanten. Zudem wurden eigene Aktivitäten ins Heimatland zurückverlagert und ehemals ausgegliederte Aufgaben und Prozesse wieder zurückgeführt. Beinahe jedes vierte Unternehmen hat eine Neuverteilung seiner ausländischen Standorte beschlossen (Carnazzi Weber & Zumbühl, 2023). Diese Veränderungen deuten darauf hin, dass eine verstärkte Regionalisierung bei den Lieferketten und auch in der Produktion im Gange ist.

Abbildung 10: Massnahmen von Schweizer KMU, Umfrage 2022/2023

Quelle: Carnazzi Weber & Zumbühl (2023)



Als Einschränkungen bei der Planung der Neuausrichtungen nannten die Unternehmen gemäss der KMU-Studie der Credit Suisse insbesondere finanzielle Aspekte, einen Mangel an Alternativen (z. B. aufgrund der Ressourcenabhängigkeit), fehlende interne Kapazitäten, mangelnde Unterstützung seitens der Behörden und lückenhaftes eigenes Know-how. Gleichzeitig bestätigen die Unternehmen in der Umfrage, dass Krisen bei genügender Flexibilität auch neue Chancen bieten. So gaben fast 60 Prozent an, dass sich für ihr Unternehmen auch neue Geschäftsfelder ergeben haben.

Laut einer Umfrage des Word Economic Forum bei führenden Ökonomen erwarten 94 Prozent, dass die Unternehmen in den kommenden Jahren ihre Lieferketten entsprechend der geopolitischen Bruchlinien neu gestalten werden. 84 Prozent gehen davon aus, dass die Diversifizierung bei den Lieferketten sich in den nächsten Jahren fortsetzen wird (WEF, 2023).

Aufgrund der geopolitischen Spannungen sind die Geschäftstätigkeiten mit China besonders ins Rampenlicht gerückt. Die aktuellen Unsicherheiten lassen die Zuversicht europäischer Firmen bezüglich des chinesischen Marktes schwinden. Gemäss einer Umfrage der Europäischen Handelskammer finden beinahe zwei Drittel der befragten Unternehmen, dass es schwieriger geworden ist, in China Geschäfte zu tätigen (EUCCC, 2023). Elf Prozent gaben an, Investitionen aus China in andere Länder verlagert zu haben. Für eine Ausweitung des Engagements in China hat die Mehrheit keine Pläne.

Laut dem NZZ-KMU-Barometer 2023 sind 28 Prozent der Meinung, dass China als Produktionsstandort weniger wichtig wird, nur neun Prozent denken das Gegenteil. Als Absatzmarkt sieht das Bild anders aus: 23 Prozent gehen von einer steigenden, 17 Prozent von einer abnehmenden Bedeutung aus (Ryf et al., 2023).

Wie gehen Schweizer Unternehmen mit den Abhängigkeiten von China um? Mehr als die Hälfte hat bisher keine Massnahmen getroffen. Ein knappes Drittel hat bis zu drei Massnahmen ergriffen oder geplant, während jedes zehnte Unternehmen vier oder mehr Massnahmen ergriffen hat. Dabei stehen der verstärkte Bezug von Vorleistungen aus Europa, die teilweise Verlagerung der Produktion nach Europa und die Anpassung der Produktionsprozesse im Vordergrund (KOF, 2023).

Der Markt in China und seine Wachstumschancen bleiben attraktiv, weshalb eine komplette Aufgabe der China-Aktivitäten («Decoupling-Strategy») wohl nur für wenige Unternehmen eine ernsthafte Option darstellt. Die Tendenz geht eher in Richtung «lokal für lokal» zu produzieren, das heisst in Zukunft in China nur noch für den chinesischen Markt zu produzieren und den Rest in andere Länder zu verlagern, um das Risiko zu streuen und zu mindern («De-Risking-Strategy») (Dittli, 2023b).

5.3 Subventionen und «Rent-Seeking»

Subventionen bieten Unternehmen die Möglichkeit, leistungsloses Einkommen zu erzielen. Der Staat gewährt den Unternehmen finanzielle Vorteile, die sie unter normalen Marktbedingungen nicht erhalten würden. Von «Rent-Seeking» spricht man, wenn Unternehmen sich aktiv für Subventionen einsetzen, entsprechenden politischen Einfluss ausüben und Lobbyarbeit betreiben.

Für Unternehmen kann es verlockender sein, um Subventionen zu buhlen, als sich durch Innovationen und Steigerung der Produktivität die Wettbewerbsfähigkeit zu erkämpfen. «Rent-Seeking» steht im Widerspruch zum Unternehmergeist, bei dem es darum geht, aus der Produktion und dem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen neue Werte zu schöpfen und nicht darum, ohne Gegenleistung Einkommen zu erzielen.

Im Folgenden werden vier prominente Beispiele aus der aktuellen Praxis dargestellt, bei denen Unternehmen Subventionen erhalten. Vorab ein Auszug aus einem Interview mit ABB-Chef Björn Rosengren, in dem er den staatlichen Geldsegen für grüne Technologien verteidigt (Triebe & Feldges, 2023). Seine Antwort auf die Frage, ob die US-Regierung mit ihren Förderungen das Richtige tue, lautet: «Aus meiner Sicht tut sie das Richtige. Bei Europa bin ich etwas kritischer. Wir alle wollen den Wandel, aber er muss auch so erfolgen, dass Unternehmen gesund bleiben und in Zukunftstechnologien investieren können. Europa setzt mehr auf Regulierungen als auf Anreize.»

Beispiel 1: Meyer Burger

Meyer Burger ist ein in Thun ansässiger Hersteller von Solarzellen, der aktiv aus dem Subventionswettlauf zwischen den USA und Europa Vorteile erlangen will. Es ist das einzig verbliebene Unternehmen in dieser Branche, das noch nennenswerte Produktionskapazitäten in Europa unterhält. Laut CEO Gunter Erfurt muss Europa sich entscheiden, ob es in der Solarindustrie eine Rolle spielen will oder ob die Branche weitgehend in die USA abwandert. Meyer Burger ist bereits in den USA tätig und will die Modulfertigung am Standort in Arizona steigern. Das bedingt eine höhere Produktion von Solarzellen, welche Meyer Burger im ostdeutschen Thalheim herstellt. Für die dafür notwendigen Investitionen hat sich die Firma um Förderung in dreistelliger Millionenhöhe aus dem EU-Innovationsfonds beworben. In

einem Brief an das Finanzministerium in Berlin schrieb der CEO anfangs Juni 2023, dass Meyer Burger ohne eine Anschubfinanzierung von «zunächst einigen hundert Millionen Euro» die Verlagerung des geplanten Ausbaus der Produktion auf die andere Seite des Atlantiks plane. Die passenden Gebäudekomplexe seien bereits gefunden (Triebe, 2023a). Der deutsche Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck teilte Ende Juni 2023 mit, Leuchtturmprojekte in der Solarindustrie finanziell zu unterstützen. Im Juli 2023 kündigte Meyer Burger an, in Colorado eine Solarzellenfabrik zu errichten. Meyer Burger darf mit 90 Millionen Dollar Standortförderung, Steuergutschriften von bis zu 1.4 Milliarden Dollar und einem 200-Millionen-Dollar-Darlehen zu Vorzugsbedingungen rechnen. Um in der neuen Betriebsstätte bereits im Jahr 2024 produzieren zu können, werden Maschinen verwendet, die eigentlich für den Ausbau des Standortes in Thalheim vorgesehen waren. Der Firmenchef von Meyer Burger beklagt, dass der europäische Markt nicht reguliert sei und heimische Hersteller nicht durch protektionistische Massnahmen vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden (Triebe, 2023b). Laut Gunter Erfurt liegen die Preise für die subventionierten chinesischen Module in Europa gegenwärtig bis zu 50 Prozent unter den Herstellungskosten, was die europäischen Anbieter in den Ruin treibe (Flubacher, 2023).

Beispiel 2: ASML

ASML ist ein hochprofitables Unternehmen in der Halbleiterbranche und bietet ein Produkt an, welches man bei keinem anderen Unternehmen der Welt beziehen kann. Es wird deshalb auch als Monopolist der Chipindustrie bezeichnet. ASML stellt eine Maschine her, welche die leistungsfähigsten und kleinsten Chips der Welt produziert. Die grösste Herausforderung für die Firma besteht darin, die Kapazität so schnell wie möglich auszubauen, um die wachsende Nachfrage zu decken. Die Firma hat auch einen guten Zugang zum Kapitalmarkt und platzierte Ende Mai 2023 erfolgreich eine Anleihe im Wert von einer Milliarde Euro. Im Rahmen eines «wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse» im Bereich Mikroelektronik und Kommunikationstechnologie schütten 14 EU-Mitgliedstaaten 8.1 Milliarden Euro an 56 Unternehmen aus. Zu diesen 56 Unternehmen gehört auch ASML. Man mag es der Firma verübeln oder auch nicht, ein Stück des gebackenen Kuchens in Anspruch zu nehmen. «Aber wenn es auf diesem Planeten derzeit ein Unternehmen gibt, das seine Forschung selbst finanzieren kann oder in

der Lage ist, dafür Investoren zu finden, dann ist ASML sicher ein heisser Kandidat» (Schmutz, 2023b).

Beispiel 3: VW

Für den Bau eines Werkes für den elektrischen Geländewagen «Scout» in South Carolina, das zwei Milliarden Dollar kostet, erhält Volkswagen 1.29 Milliarden Dollar an Zuschüssen. Das Werk soll bis zu 4'000 Arbeitsplätze schaffen und jährlich 200'000 Fahrzeuge produzieren. Für die geschaffenen Arbeitsplätze winken Volkswagen zusätzlich 180 Millionen Dollar an Steuergutschriften. Alles in allem wird jeder Arbeitsplatz mit rund 350'000 Dollar subventioniert. Mit seiner Strategie will der Wolfsburger Konzern seinen Marktanteil in den USA auf zehn Prozent verdoppeln (Zeit Online, 2023). Diese massiven Subventionen sind dank des «Inflation Reduction Act» möglich. Die Entscheidung für den Standort in South Carolina wurde nach der Bewertung von 74 Standortoptionen getroffen. In Europa hat dieser Erfolg der USA im Subventionswettlauf die Sorgen um die Abwanderung der Automobilindustrie weiter geschürt.

Beispiel 4: Intel

Nach monatelangen Verhandlungen ist Deutschland bereit, die Förderung für eine geplante Halbleiterfabrik des amerikanischen Konzerns Intel im ostdeutschen Magdeburg auf fast zehn Milliarden Euro aufzustocken. Intel hatte die Standortentscheidung schon früher treffen wollen, wartete dann aber auf den Startschuss für den «European Chips Act». Gesamthaft will Intel 30 Milliarden Euro in das Werk investieren. Das Gelände für das Projekt wurde im November 2022 gekauft, und die Produktion soll in vier bis fünf Jahren aufgenommen werden. Intel verspricht, während der ersten Phase des Projektes 7'000 Stellen in der Bauwirtschaft und während des Betriebs des Werkes rund 3'000 permanente High-Tech-Jobs zu schaffen. Bundeskanzler Olaf Scholz betrachtet diese Einigung als wichtigen Schritt für Deutschland als Hightech-Produktionsstandort (Höltschi, 2023b). Jeder dauerhafte Arbeitsplatz wird mit etwa drei Millionen Euro unterstützt. Für das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle sind die Subventionen eindeutig zu hoch. Zudem würden Arbeitskräfte und Infrastruktur fehlen. In Magdeburg arbeiten die Verantwortlichen denn auch auf Hochtouren, um genügend Fachkräfte anzulocken.

Die Universität soll bald neue Studiengänge und eine duale Berufsausbildung anbieten (MDR, 2023).

Die Neugestaltung der Geopolitik, die Anpassungen in der Wirtschaftspolitik und die Veränderungen der Unternehmensstrategien hinterlassen ihren Fussabdruck in der Entwicklung der Weltwirtschaft.

6 | Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft

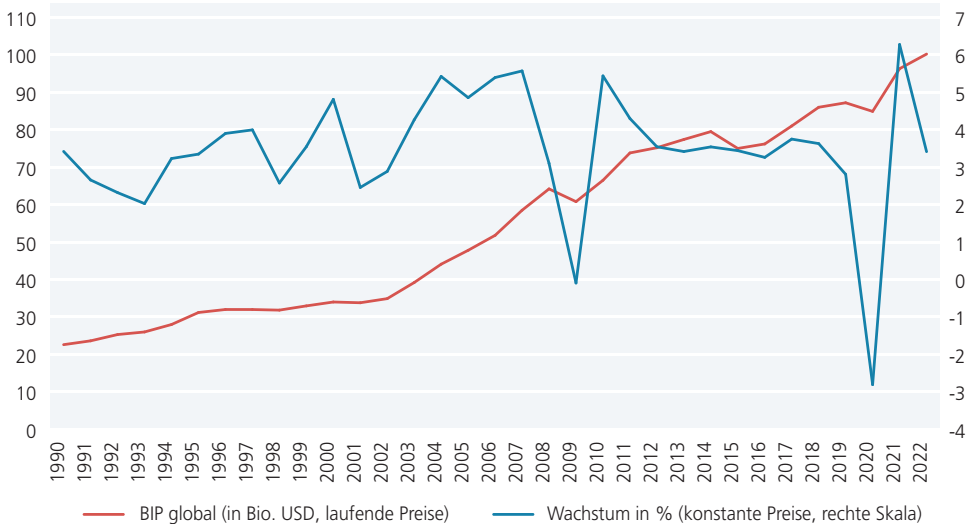
6.1 **Die Abschwächung des globalen BIP-Wachstums**

Von 1990 bis 2008 verzeichnete das globale BIP ein beeindruckendes Wachstum, das sich von 1999 bis 2008 sogar verdoppelte. Diese dynamische Entwicklung wurde massgeblich durch die Internationalisierung der Volkswirtschaften vorangetrieben. In den Jahren 2009 bis 2022 verlangsamte sich das Wachstum dann spürbar. Eine entscheidende Ursache hierfür waren die Tendenzen der Deglobalisierung, die auf die verschiedenen Krisen zurückzuführen sind.

Im Jahr 2009 stürzte die Weltwirtschaft infolge der Finanzkrise in eine Rezession. In den folgenden Jahren bremste die Euro-Schuldenkrise insbesondere in Europa das Wachstum. Das Jahr 2015 war von bedeutsamen Ereignissen geprägt, die die Weltwirtschaft belasteten: die Staatsschuldenkrise in Griechenland, der Einbruch vieler Schwellenländer-Währungen und die Terroranschläge in Paris. Im Jahr 2020 fiel die Weltwirtschaft pandemiebedingt in die stärkste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg, wobei das globale BIP um beinahe drei Prozent schrumpfte. 2021 folgte eine kräftige Gegenbewegung, ausgelöst durch eine anziehende Nachfrage infolge der sehr expansiven Finanz- und Geldpolitik. Im Jahr 2022 verlangsamte sich das Wachstum allerdings erneut, auch bedingt durch den Ukraine-Krieg. Für das Jahr 2023 wird erwartet, dass sich die Verlangsamung der Wachstumsrate des globalen BIP fortsetzt.

Abbildung 11: Die Entwicklung des globalen BIP, 1990 bis 2022

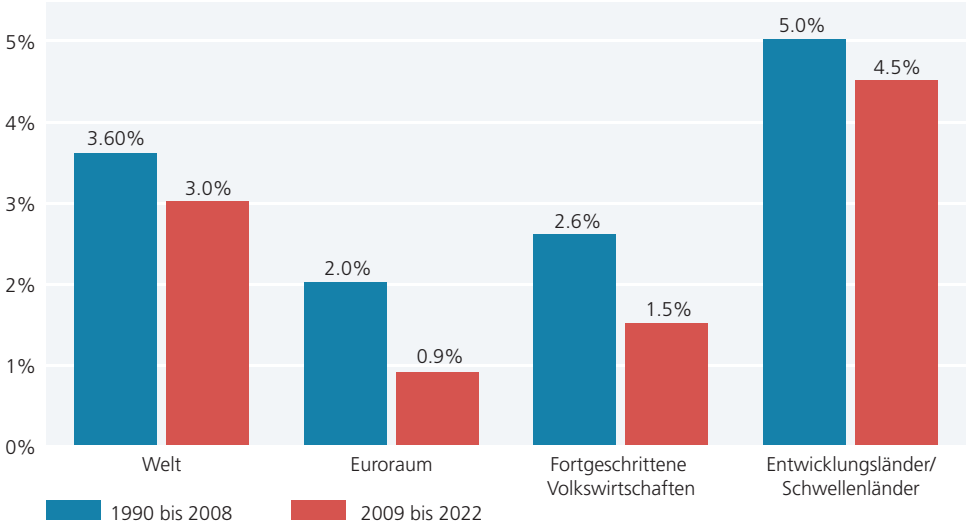
Quelle: IMF



Vergleicht man das Wachstum in den Jahren vor der Finanzkrise mit denjenigen danach, fällt auf, dass insbesondere das BIP-Wachstum in der Eurozone und in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften abgenommen hat. Die BIP-Wachstumsrate in den Entwicklungs- und Schwellenländern lag hingegen nur wenig tiefer.

Abbildung 12: Wachstum des realen, globalen BIP vor und nach der Finanzkrise, Jahresdurchschnitte

Quelle: IMF



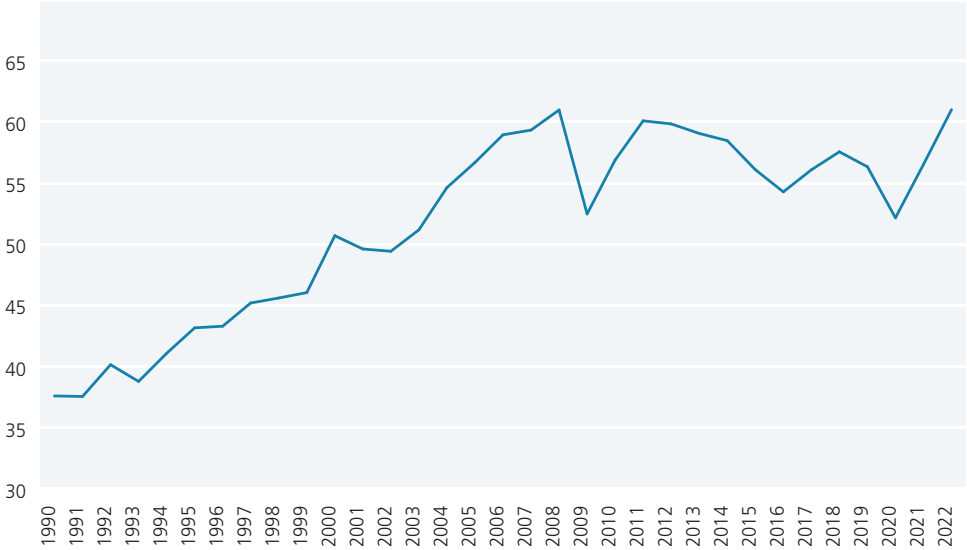
6.2 Die Verlangsamung des Welthandels

Die Intensität der internationalen Handelsbeziehungen wird durch den Anteil der Importe und Exporte von Waren und Dienstleistungen am BIP ausgedrückt. Von 1990 bis 2008 verzeichnete der globale Handel mit Waren und Dienstleistungen einen regelrechten Höhenflug. Im Jahr 1990 betrug das Handelsvolumen etwa 37 Prozent des BIP. In den Blütejahren der Globalisierung stieg der Anteil auf 61 Prozent. Der Welthandel wuchs in diesen Jahren also deutlich schneller als das BIP.

Mit dem Ausbruch der Finanzkrise brach auch der internationale Handel ein. In den folgenden Jahren konnte er sich zwar wieder erholen, wuchs aber nicht mehr schneller als das BIP. Diese Verlangsamung bezeichnen einige Akteure als «Slowbalisation», was für eine Abnahme oder zumindest eine Tempodrosselung bei der Vernetzung und Integration der Weltwirtschaft steht. Mit der Verschärfung dieses Trends durch die Covid-19-Pandemie wurde der Begriff «Slowbalisation» durch den Begriff «Deglobalisierung» abgelöst.

Abbildung 13: Weltweites Handelsvolumen in Prozent des BIP, 1990 bis 2022

Quelle: Weltbank

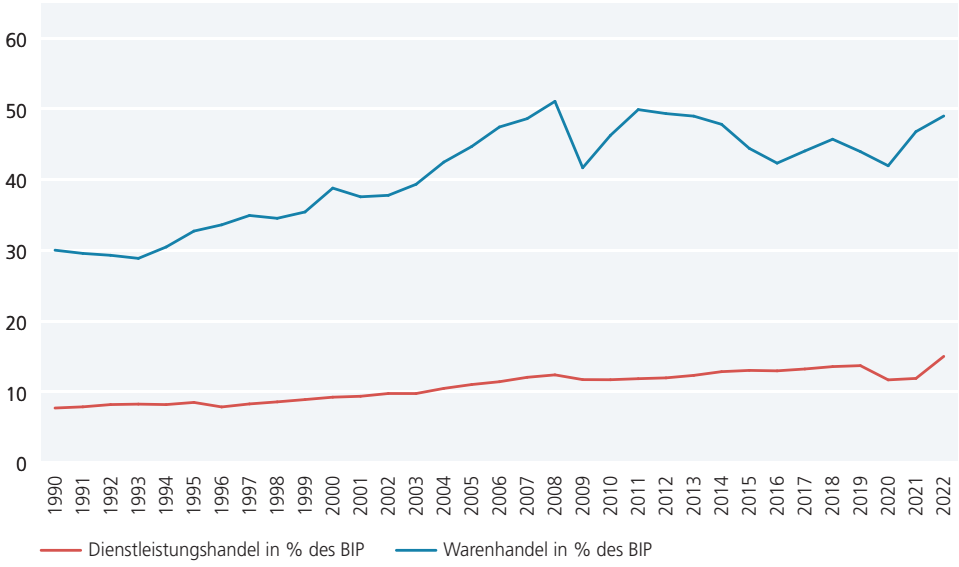


Trotz der Verwerfungen in der Weltwirtschaft, den geopolitischen Spannungen, der Neigung zur Abkoppelung, den Störungen in den Lieferketten und dem zunehmenden Protektionismus ist der Welthandel nicht zusammengebrochen. In den letzten beiden Jahren hat er sich sogar wieder erholt.

Hat der Abgesang der Globalisierung also zu früh stattgefunden? Im Warenhandel überwiegen die Anzeichen dafür, dass die internationalen Vernetzungen nachgelassen haben. Ein Teil des Rückgangs im Güteraustausch konnte aber durch den Handel mit Dienstleistungen kompensiert werden. Obwohl der Ex- und Import von Dienstleistungen im Jahr 2020 einen Rückgang verzeichnete, setzte sich der langfristige Wachstumstrend fort. Dazu beigetragen hat insbesondere der digitale Handel.

Abbildung 14: Weltweiter Handel mit Waren und Dienstleistungen in Prozent des BIP, 1990 bis 2022

Quelle: Weltbank



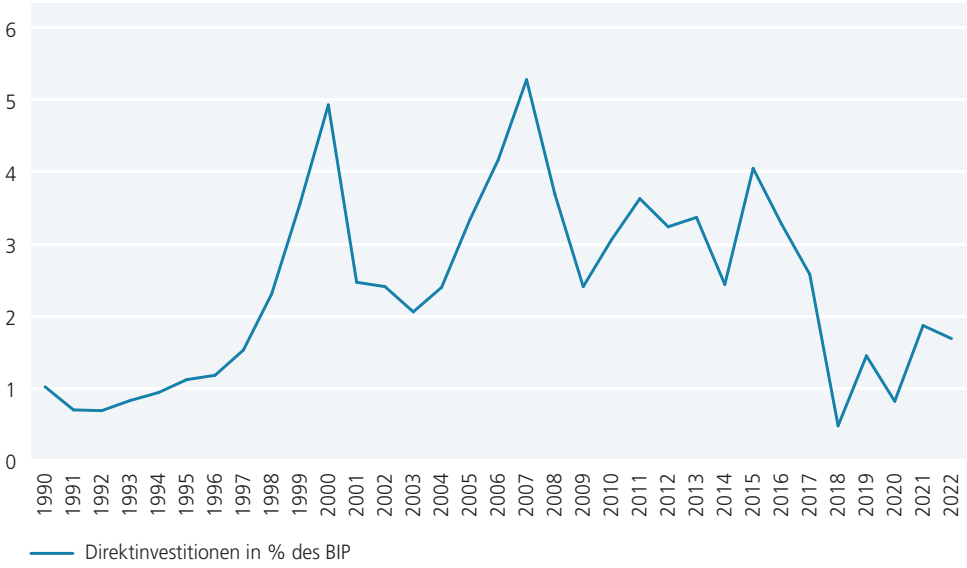
6.3 Der Rückgang der Direktinvestitionen

Bei Direktinvestitionen handelt es sich um den Erwerb von Kapitalanteilen an einem Unternehmen in einem anderen Land durch die Gründung von Tochtergesellschaften oder den Kauf von Unternehmensanteilen. In den 1990er-Jahren stiegen die Investitionen von Unternehmen im Ausland stark an. 2001 führten dann das Platzen der spekulativen Technologieblase und die Terroranschläge am 11. September in vielen Industrieländern zu einer Rezession und einem Rückgang der Direktinvestitionen. Danach stiegen sie allerdings steil an und erreichten 2007 einen Rekordwert. Die im Jahr 2008 folgende Finanzkrise hatte erhebliche Auswirkungen auf die weltweite Investitionstätigkeit. Mit der anschliessenden Erholung der Weltwirtschaft in den Jahren 2010 bis 2015 stiegen auch die Investitionen im Ausland wieder an. Danach beeinflussten die erneute Abschwächung der Weltwirtschaft, die zunehmenden Handelskonflikte, die Covid-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg die Investitionstätigkeit der Unternehmen negativ. Seit 2018 bewegen sich die Direktinvestitionen – gemessen am globalen BIP – etwa auf dem Niveau wie Mitte der 1990er-Jahre.

Die Zunahme geopolitischer Differenzen führt dazu, dass Unternehmen ihre Auslandsinvestitionen vermehrt in befreundeten Ländern tätigen. So haben zum Beispiel die Investitionen der USA in China und umgekehrt stark abgenommen (IMF, 2023). Am 9. August 2023 rief Präsident Joe Biden einen «nationalen Notfall» aus, um amerikanische Investitionen in China zu beschränken. Davon betroffen sind die Bereiche Quantencomputer, Hochleistungscomputerchips und künstliche Intelligenz (Müller F., 2023). Die Wiederbelebung der Industriepolitik (vgl. Kapitel 4.2) hat einen entsprechenden Einfluss auf die Strategie für Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen.

Abbildung 15: Entwicklung der Direktinvestitionen in Prozent des BIP

Quelle: IMF, staff calculation



6.4 Die Entwicklung der Inflation

«Inflation ist eine Methode, einen Geldschein zu halbieren, ohne das Papier zu verletzen.» Dieses Zitat, das dem Ökonomen Irving Fisher zugeschrieben wird, beschreibt den Kern der Inflation: schwindende Kaufkraft infolge steigender Preise. Dabei kann eine Inflation grundsätzlich auf zwei Arten ausgelöst werden:

- **Nachfrageinflation:** steigende Preise infolge steigender Nachfrage. Die Zunahme der Nachfrage ist grösser als das Wachstum des Angebotes, sodass die Preise steigen.

- **Angebotsinflation:** steigende Preise für Vorleistungen (Material, Energie usw.) oder steigende Herstellungskosten (z. B. Löhne), die von Unternehmen in Form höherer Preise an die Konsumenten weitergegeben werden.

Für eine steigende Nachfrage und für höhere Herstellungskosten können verschiedene Gründe verantwortlich sein. Zwei Gründe, welche in den letzten Jahren und gegenwärtig eine Rolle spielen, sind:

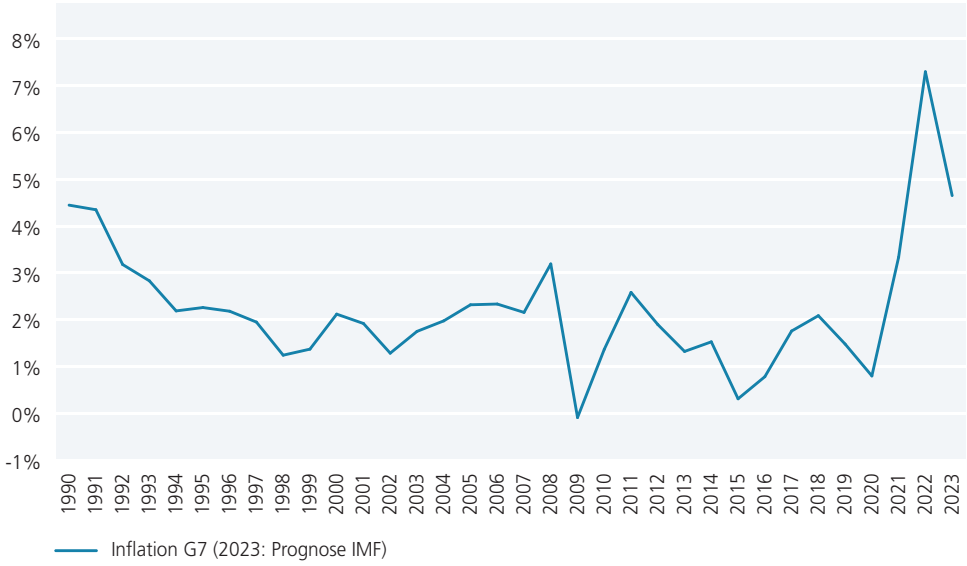
- **Geldmengeninflation:** Wenn die Geldmenge schneller wächst als die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, kann es insbesondere durch einen Anstieg der Nachfrage zu steigenden Preisen kommen.

- **Politische Massnahmen:** Sie können zu einer nachfragebedingten Inflation (z. B. durch Ausgabenprogramme) oder einer angebotsseitigen Inflation führen (z. B. durch Importrestriktionen).

Ein Blick auf die langfristige Entwicklung in den G7-Ländern verdeutlicht die sinkenden Inflationsraten in den 1990er-Jahren und das anschliessende Verharren des Preisanstiegs auf tiefem Niveau bis 2007 (Abbildung 16). Gründe für diese niedrigen Inflationsraten waren unter anderem Liberalisierungen und die Öffnung der Märkte. Die zunehmende Globalisierung führte zu einem verstärkten Wettbewerb auf den Märkten, ermöglichte den Zugang zu günstigen Produktionsstandorten und den Anstieg des weltweiten Handels zu tiefen Preisen. Sinkende Produktionskosten führten zu einer wachsenden Nachfrage bei nahezu stabilen Preisen. Zu dieser Preisstabilität trugen auch die geldpolitische Disziplin der Nationalbanken und tiefe Rohstoffpreise bei.

Abbildung 16: Entwicklung der Inflation in den G7-Ländern, 1990 bis 2022 (2023: Prognose IMF)

Quelle: IMF



Nach dem Ausbruch der Finanzkrise schlitterte die Welt in eine Rezession und die G7-Länder verzeichneten 2009 sogar leicht sinkende Konsumentenpreise. Grund dafür war ein Rückgang der Nachfrage der Konsumenten und Unternehmen sowie sinkende Produktionskosten aufgrund niedriger Rohstoffpreise.

Im Nachgang der Finanzkrise haben zahlreiche Notenbanken der Wirtschaft eine hohe Dosis an zusätzlicher Liquidität zur Verfügung gestellt, um einer Deflation und einer anhaltenden Rezession entgegenzuwirken. Aufgrund der weiteren Krisen erhöhten viele Notenbanken die Geldmenge bis 2021 erheblich, um die Zinsen zu senken und günstige Kredite für Investitionen und Konsum bereitzustellen. Die Zinsen sanken auf historisch tiefe oder sogar negative Werte. Die Schweizerische Nationalbank führte im Dezember 2014 negative Leitzinsen ein und hielt bis zum August 2022 an ihnen fest. Trotz der äusserst expansiven Geldpolitik zeichnete sich bis 2021 keine Inflation ab.

Auch im Nachhinein sind die Gründe für diese lang anhaltende Phase niedriger Inflation trotz expansiver Geldpolitik nicht abschliessend geklärt. Verschiedene Faktoren haben dabei eine Rolle gespielt. Die Internationalisierung der Wirtschaft erhöhte den Wettbewerbsdruck und ermöglichte den Zugang zu kostengünstigen Produktionsstandorten. Sinkende Energiepreise sorgten für tiefe Produktionskosten und das relativ schwache Wirtschaftswachstum beschränkte den Anstieg der Nachfrage. So dauerte es beispielsweise ganze acht Jahre, bis die Eurozone im ersten Quartal 2016 erstmals wieder das Niveau des BIP von vor der Finanzkrise erreichte (Hug, 2016). Die zunehmende Automatisierung, Robotisierung und Digitalisierung trugen ebenfalls zu tiefen Produktionskosten bei.

Wer allerdings glaubte, dass die Inflation ein Relikt vergangener Zeit sei, wurde in den letzten Jahren eines Besseren belehrt. Die Pandemie sorgte für eine weitere Lockerung der Geldpolitik, während die Regierungen in einem Ausmass wie zuletzt nach dem Zweiten Weltkrieg auf umfangreiche Ausgabenprogramme setzten. Das Motto «Whatever it takes» galt dabei nicht nur für die Geld-, sondern auch für die Finanzpolitik. Während die staatlichen Unterstützungsmassnahmen die Nachfrage ankurbelten, kam es aufgrund von Störungen in den Lieferketten zu Angebotseinschränkungen. Ein Anstieg der Nachfrage traf auf ein unelastisches Angebot, was zu stark steigenden Preisen führte.

Die russische Invasion in der Ukraine im Februar 2022 führte zu einer Verknappung des Angebotes und verschärfte die Inflation zusätzlich. Insbesondere auf den Energie- und Rohstoffmärkten, wo Russland und die Ukraine eine wichtige Rolle spielen, kam es zu Engpässen. In der Eurozone erreichte die Inflation im Oktober 2022 einen Höchststand von 10.7 Prozent. In den USA stieg sie bis im Juni 2022 auf 9.1 Prozent, den höchsten Wert seit 1981.

Ein entscheidender Treiber für die Wende an der Teuerungsfront war aber auch die Veränderungen in der Geopolitik und die mit ihr aufkommenden Handelsrestriktionen und Abschottungstendenzen (vgl. Kapitel 3.3). Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, was passieren kann, wenn die preisdämpfende Wirkung der zunehmend globalisierten Wertschöpfungsketten endet und sich sogar umkehrt. Wachsender Protektionismus, preisverzerrende Subventionen, Umstrukturierung der

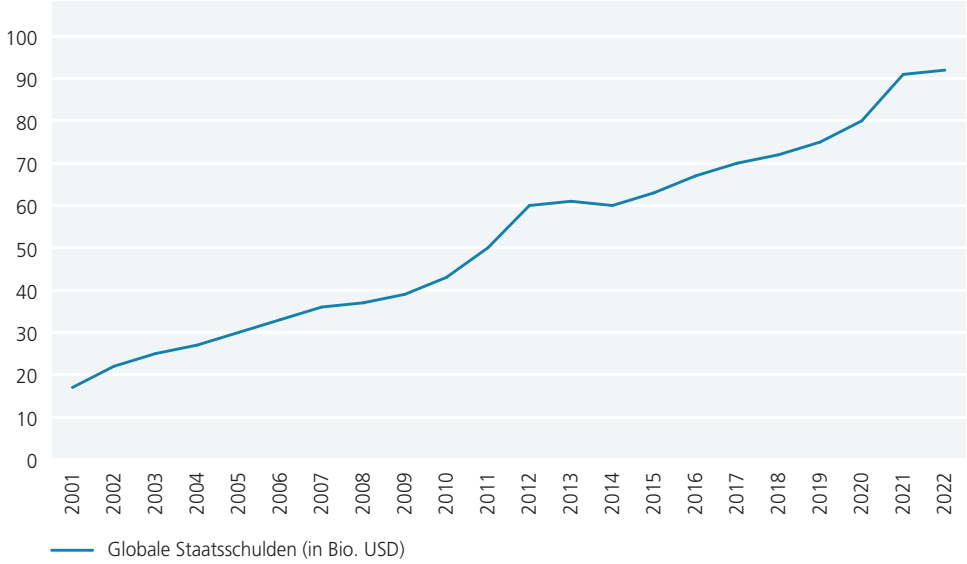
Lieferketten und Handelskriege führen tendenziell zu steigenden Produktionskosten. Solchen Preistreibern ist mit einer Steuerung der Geldmenge und der Zinsen nur schwer beizukommen.

6.5 Das Wachstum der Schulden

Laut dem Bericht der UN Global Crisis Response Group hat sich die weltweite Staatsverschuldung seit dem Jahr 2000 verfünffacht und erreichte 2022 einen Rekordwert von 93 Billionen Dollar. Dieser drastische Anstieg der Schulden ist hauptsächlich auf den immensen Finanzierungsbedarf aufgrund der vielfachen Krisen zurückzuführen (UN, 2023).

Abbildung 17: Entwicklung der globalen Staatsschulden in Billionen Dollar

Quelle: UN Global Crisis Response Group based on IMF

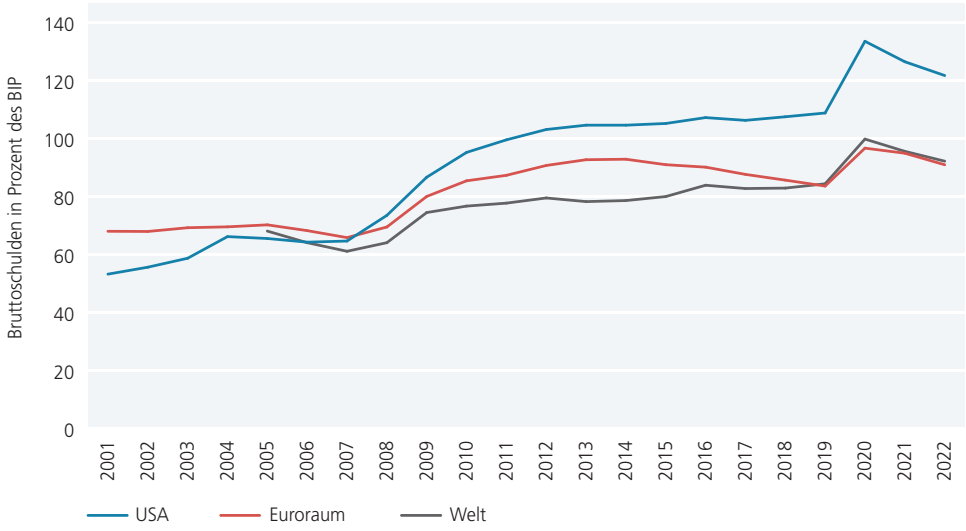


Nicht nur die Staatsschulden sind gewachsen, sondern auch diejenigen der Unternehmen und der privaten Haushalte. Laut dem Institute of International Finance (IIF) stieg die gesamte Verschuldung von 2009 bis 2022 von 200 Billionen Dollar auf knapp 300 Billionen Dollar. Das entspricht rund 350 Prozent der globalen Wertschöpfung.

Die Staatsschulden haben in Relation zum BIP seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 deutlich zugenommen. Mit dem Einsetzen der Pandemie erreichte die Staatsschuldenquote ein Rekordniveau. Prognosen der OECD und des Internationalen Währungsfonds deuten darauf hin, dass diese Quote in den kommenden Jahren weiter ansteigen wird.

Abbildung 18: Entwicklung der Schuldenquote global, in den USA und im Euroraum

Quelle: OECD



Insbesondere die Schulden der USA sind sowohl absolut als auch im Verhältnis zum BIP überdurchschnittlich stark angewachsen. In den Amtszeiten der Präsidenten Barack Obama, Donald Trump und Joe Biden haben sich die Staatsschulden stärker akkumuliert als in sämtlichen Regierungsperioden all ihrer Vorgänger zusammen (Rudzio, 2023). Diese Verschuldungstendenz wird durch die umfangreichen Subventionsprogramme im Rahmen der Industriepolitik voraussichtlich noch länger anhalten. Die amerikanische Ratingagentur Fitch hat am 1. August 2023 die Kreditwürdigkeit der USA aufgrund der steigenden Defizite, der hohen Staatsschulden und der abnehmenden Steuereinnahmen herabgestuft (Fitch, 2023).

Lange Zeit haben die äusserst niedrigen Zinssätze die Belastung durch den Schuldendienst in Schach gehalten. Aufgrund der gestiegenen Zinsen haben die Kosten der Verschuldung aber eine viel höhere Bedeutung erlangt als in der Nullzins-Ära. Die Zinszahlungen der USA dürften im Jahr 2023 allein auf Bundesebene gut drei Prozent des BIP erreichen. Etwa 40 Prozent des gegenwärtigen Haushaltsdefizits werden voraussichtlich auf Zinskosten entfallen (Dittli, 2023c).

Ein weiterer signifikanter Anstieg ist im Bereich der Rüstungsausgaben zu verzeichnen. Die globalen Militärausgaben erreichten im Jahr 2022 mit 2'240 Milliarden Dollar einen neuen Höchststand. Diese Ausgaben befinden sich bereits das achte Jahr in Folge im Aufwärtstrend, besonders stark seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Dabei fallen die Steigerungsraten in Europa überdurchschnittlich hoch aus.

6.6 Deglobalisierung – Ja oder Nein?

Auf politischer Ebene ist es angebracht, von einer Deglobalisierung zu sprechen. Mehrere Entwicklungen rechtfertigen diese Ansicht: die verstärkten Abschottungstendenzen, die Massnahmen zur Reduktion der Abhängigkeiten, der aufstrebende Nationalismus, die vermehrten Handelsrestriktionen sowie die Ausbreitung der Industriepolitik. Politische Ideologien und Ziele erhalten zunehmend Priorität und setzen sich häufiger gegen ökonomische Erwägungen durch.

Die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung hat gezeigt, dass die Weltwirtschaft aufgrund der verschiedenen Krisen in den letzten Jahren bereits stark in Mitleidenschaft gezogen wurde und die Wachstumsraten abgenommen haben. Trotz dieses turbulenten Umfeldes ist der Handel nicht zusammengebrochen, was auf eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit hindeutet. Die Entwicklung des Handels war und ist nicht die Ursache der Probleme, sondern die Folge. Dank seiner Widerstandsfähigkeit konnten die negativen Auswirkungen in Grenzen gehalten werden.

Dennoch sprechen die Fakten eine klare Sprache: Im Jahr 2008 setzte in der Globalisierung des Handels eine Trendwende ein. Im Warenhandel wurde das Rekordniveau von damals bisher nicht wieder erreicht. Hingegen befindet sich der Handel mit Dienstleistungen auf einem langfristigen Wachstumstrend. Ein eindeutiges Indiz

für eine Deglobalisierung sind die Daten zu den Direktinvestitionen, die infolge der Krisen stark rückläufig waren.

Auch ein Teil des Anstiegs der Inflation in den letzten Jahren ist auf die Tendenzen der Deglobalisierung zurückzuführen, beispielsweise auf die zunehmenden Handelsrestriktionen der Regierungen oder die Re-, Near- oder Onshoring-Strategien der Unternehmen. Das Schuldenwachstum lässt sich einerseits auf das gedämpfte Wirtschaftswachstum und andererseits auf die ausgabenorientierte Wirtschaftspolitik zurückführen.

Auch wenn vieles noch ungewiss ist, zeigen die Analysen, dass die Globalisierung nicht mehr als Wohlstandsgarant betrachtet werden kann, ein rückläufiger internationaler Handel mit weniger Wohlstand einhergeht und Handel nicht zwangsläufig ein friedliches Zusammenleben gewährleistet.

Es wäre verfrüht, das Ende der Globalisierung auszurufen. Aber die Globalisierung verändert ihr Gesicht und führt zu neuen Strukturen im Welthandel. Diese Veränderungen auf globaler Ebene hinterlassen auch ihre Spuren in der Entwicklung Liechtensteins.

7 | Markante Spuren in Liechtenstein

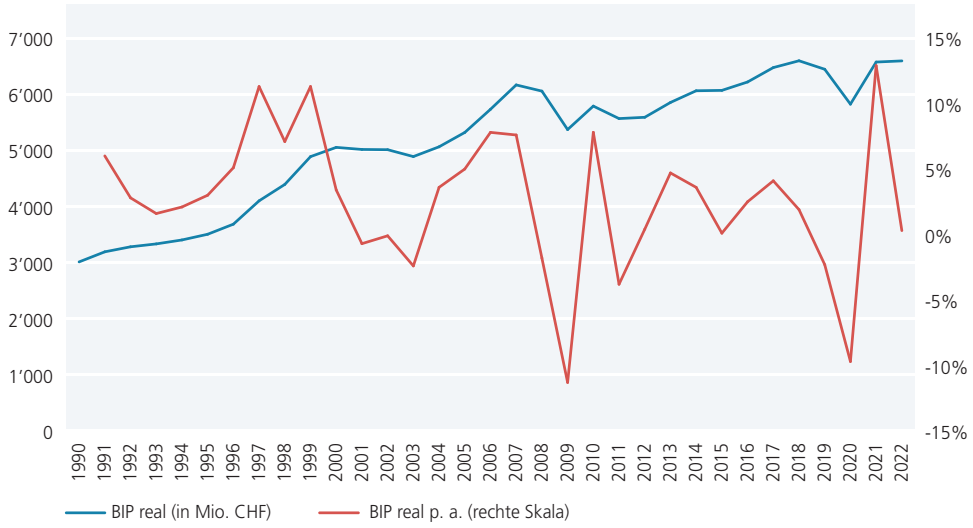
7.1 Die Entwicklung des BIP

Für kleine Länder wie Liechtenstein und die Schweiz, die über keine natürlichen Ressourcen und über einen begrenzten Binnenmarkt verfügen, spielt der internationale Handel eine entscheidende Rolle. Der Anstieg des Wohlstands basiert wesentlich auf dem Zugang zu internationalen Märkten. Liechtenstein ist deshalb von protektionistischen Massnahmen und Abkoppelungstendenzen besonders betroffen, zumal die Industrie (ohne Bau) mit einem Anteil von 37 Prozent am BIP beinahe doppelt so stark ist wie beispielsweise in Deutschland und der Schweiz.

Wie hat sich die Wirtschaft Liechtensteins angesichts der turbulenten globalen Ereignisse entwickelt? Das reale BIP ist von 1990 bis 2022 um 120 Prozent gestiegen. Dabei lässt sich nach 2008 eine Verlangsamung der durchschnittlichen Wachstumsrate feststellen, die mit einer Annäherung an andere Industriestaaten einhergeht (Brunhart & Geiger, 2022).

Abbildung 19: Entwicklung des BIP in Liechtenstein, 1990 bis 2022

Quellen: AS (2022a), Liechtenstein-Institut



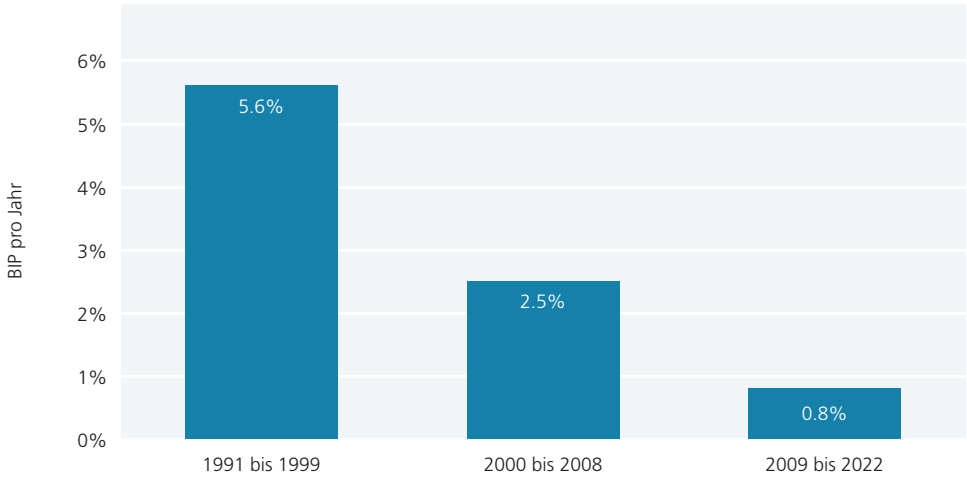
Besonders hoch war das durchschnittliche reale Wachstum des BIP in den 1990er-Jahren. Dies dürfte zu einem wesentlichen Teil auf den Beitritt Liechtensteins

zum EWR und zur WTO im Jahr 1995 zurückzuführen sein. Laut einer Umfrage des Liechtenstein-Instituts hat sich der EWR-Beitritt besonders positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Rechtssicherheit und das Image Liechtensteins ausgewirkt (Frommelt, 2015). Nach der Jahrtausendwende schwächte sich das Wachstum ab, und seit 2009 ist die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate nochmals deutlich gesunken. Liechtensteins Wirtschaft hat sich in den Jahren nach der Finanzkrise zwar erholt, aber das reale BIP erreichte erst im Jahr 2016 wieder das Vorkrisenniveau.

Der rückläufige Wachstumstrend seit 2008 ist hauptsächlich auf die Folgen der Finanzkrise, die Reformen des Finanzplatzes und auf die Pandemie zurückzuführen.

Abbildung 20: Reales durchschnittliches BIP-Wachstum in Liechtenstein pro Jahr, 1991 bis 1999, 2000 bis 2008 und 2009 bis 2022

Quellen: AS (2022a), Liechtenstein-Institut



7.2 Die Entwicklung des Aussenhandels

Die meisten in Liechtenstein produzierten Güter werden ins Ausland exportiert.[1] Die Warenexporte erreichten 2008 mit 4’245 Millionen Franken einen Rekordwert (Abbildung 21). Seit dem Einbruch im Jahr 2009 blieben sie jedoch deutlich hinter die-

1 Aufgrund des gemeinsamen Zollraumes ist der Warenhandel mit der Schweiz nicht im Aussenhandel Liechtensteins enthalten.

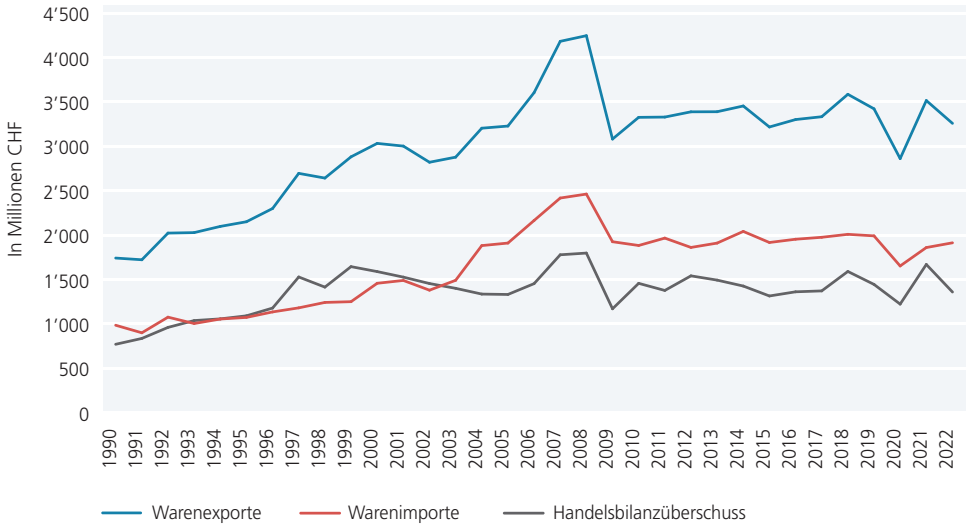
sem Höchstwert zurück, was zu einem Rückgang der Exportquote von 70 Prozent im Jahr 2008 auf 50 Prozent im Jahr 2022 geführt hat.

Liechtenstein ist nicht nur ein Exportland, sondern auch eine Importnation. Wie die Covid-19-Pandemie gezeigt hat, kann die Wertschöpfung auch unter Importproblemen leiden. Die Importe erreichten ebenfalls im Jahr 2008 mit 2’461 Millionen Franken einen Rekordwert. Mit den nachlassenden Exporten gingen auch die Importe zurück und die Importquote (Importe in Prozent des BIP) sank von rund 40 Prozent auf 29 Prozent.

Liechtenstein erzielte im Handel mit Waren 2022 einen Überschuss von 1’656 Millionen Franken. Die Nettoeinnahmen aus dem Warenhandel halten sich seit 2010 in etwa auf demselben Niveau.

Abbildung 21: Entwicklung des Warenhandels in Liechtenstein, 1990 bis 2022

Quelle: AS (2022b)



Der Anteil der Importe und Exporte am BIP dient als Massstab für die Offenheit eines Landes und die Intensität seiner Handelsbeziehungen. Im Jahr 2022 betrug der Anteil des Warenhandels (Exporte plus Importe) am BIP 78 Prozent, was deutlich über dem

Weltdurchschnitt von 49 Prozent liegt (vgl. Abbildung 14). Allerdings ist in Abbildung 22 auch der markante Rückgang dieser Quote seit 2008 zu erkennen. Hervorsticht auch der starke Anstieg in der Phase der Hyperglobalisierung in den Jahren 2002 bis 2008 auf 110 Prozent.

Abbildung 22: Entwicklung des liechtensteinischen Warenhandels in Prozent des BIP, 1990 bis 2022

Quelle: AS (2022b)

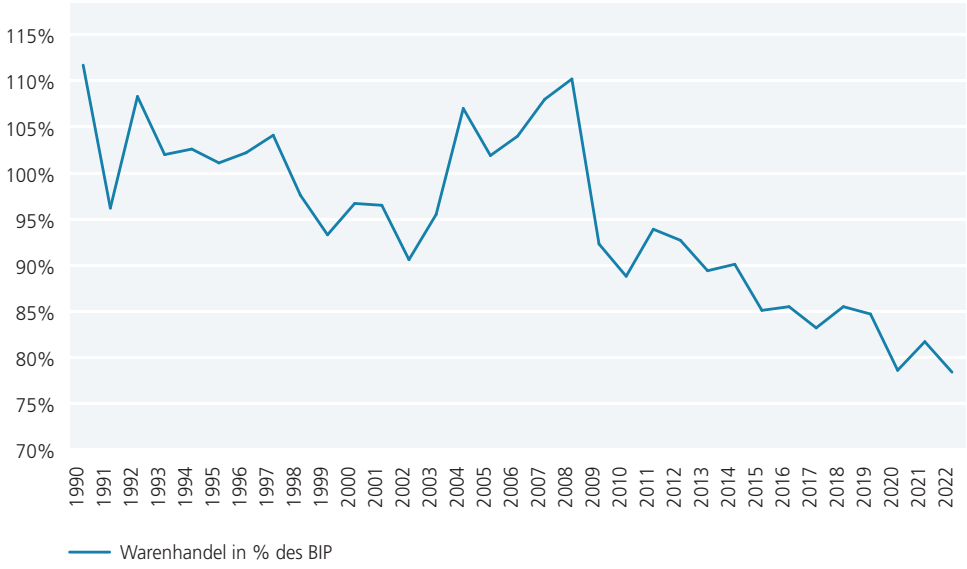


Abbildung 23 illustriert das Wachstum der Gesamtexporte und der wichtigsten Warenarten im Jahresvergleich. Ein Vergleich des Jahres 2008 mit 1995 zeigt die starke Entwicklung in allen wichtigen Warenarten. Ausgelöst durch die Finanzkrise folgte 2009 ein vehementer Einbruch, der nicht wieder wettgemacht werden konnte. 2019 lagen die Exporte 13 Prozent unter dem Niveau von 2008.

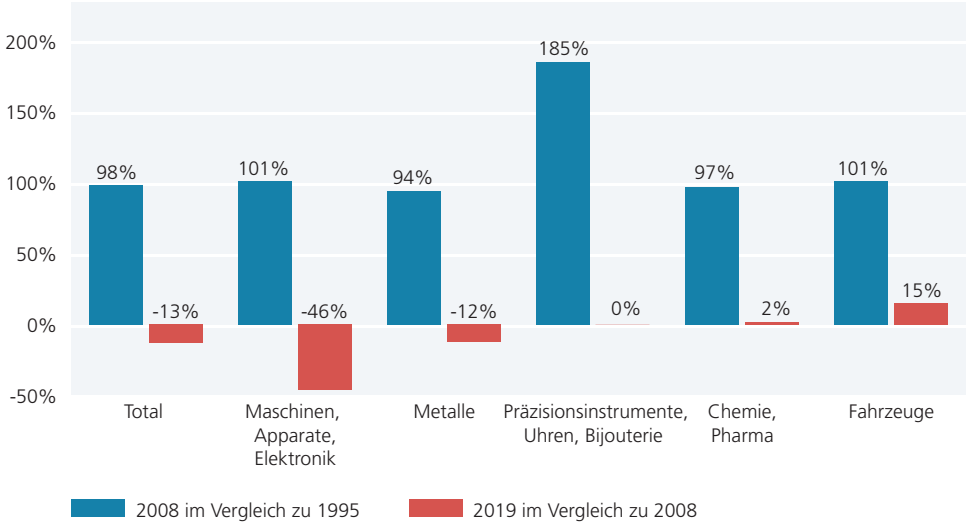
Besonders deutlich ist der Rückgang in der Warenart «Maschinen, Apparate und Elektronik» ausgefallen – im Vergleich des Jahres 2019[2] mit 2008 um beinahe die Hälfte.

2 Die neueren Daten für einzelne Warenarten konnten aufgrund eines Methodenwechsels nicht in den Vergleich miteinbezogen werden.

2008 betrug der Anteil dieser Warenart an den Gesamtexporten gut 35 Prozent. Bis 2019 sank er auf 22 Prozent. Auch die Metallausfuhren mussten in diesem Jahresvergleich einen kräftigen Rückgang hinnehmen. Auffallend positiv entwickelten sich hingegen die Exporte von Fahrzeugen. 2020 folgte aufgrund der Covid-19-Pandemie der nächste Einbruch im Aussenhandel.

Abbildung 23: Entwicklung der liechtensteinischen Exporte, total und wichtige Warenarten, 2008 im Vergleich zu 1995 und 2019 im Vergleich zu 2008

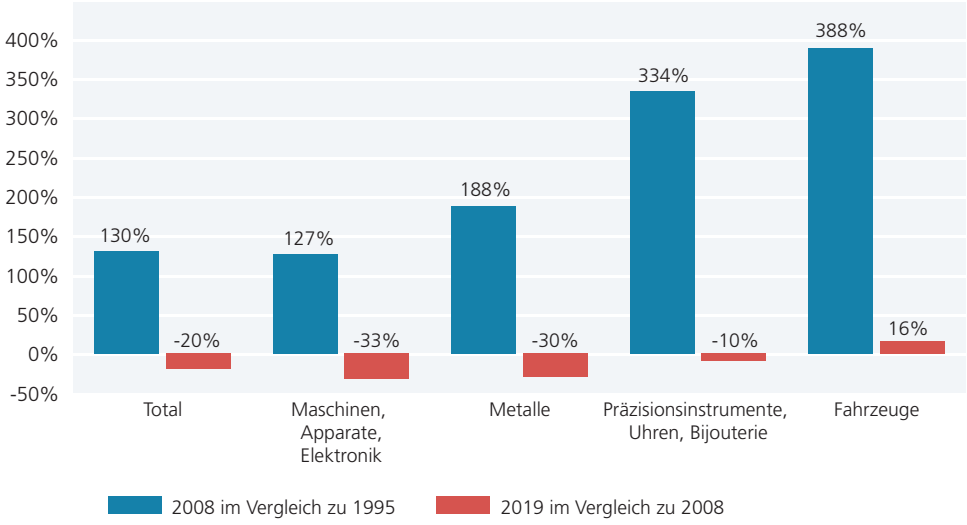
Quelle: AS (2022b)



Bei den Importen sind dieselben Tendenzen wie bei den Exporten zu beobachten.

Abbildung 24: Entwicklung der liechtensteinischen Importe, total und wichtige Warenarten, 2008 im Vergleich zu 1995 und 2019 im Vergleich zu 2008

Quelle: AS (2022b)

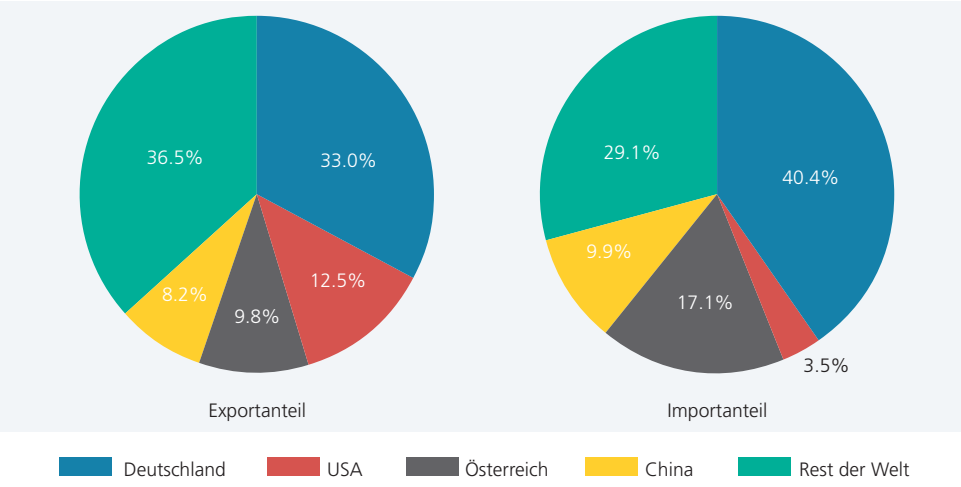


Die Analyse bezüglich der Handelspartner zeigt ein enormes Wachstum der Exporte nach China. Während China im Jahr 1995 mit 0.4 Prozentanteil an den Exporten noch ein unbedeutender Kunde war, ist der Anteil in der Zwischenzeit auf etwas mehr als acht Prozent angestiegen. Der Exportumsatz aus China stieg von neun Millionen Franken (1995) auf das bisherige Rekordniveau von 286 Millionen Franken (2022). Damit ist China zum viertwichtigsten Exportland Liechtensteins aufgestiegen. Deutschland bleibt mit einem Drittel aller Lieferungen der mit grossem Abstand wichtigste Kunde, gefolgt von den USA (12.5 Prozent) und Österreich (9.8 Prozent). Europa ist mit einem Anteil von 64 Prozent die dominierende Destination der Warenausfuhren von Liechtenstein.

Auch die Importe aus China sind rasant gewachsen. Der Anteil stieg von 0.9 Prozent im Jahr 1995 auf 9.9 Prozent im Jahr 2022. In der Statistik der Einfuhren belegt China den dritten Platz (9.9 Prozent), hinter Deutschland (40.4 Prozent) und Österreich (17.1 Prozent). Insgesamt stammen rund 80 Prozent der Wareneinfuhren aus Europa.

Abbildung 25: Export- und Importanteile nach Ländern, 2022

Quelle: AS (2022b)



China gewinnt im Aussenhandel Liechtensteins zunehmend an Bedeutung, sowohl als Kunde als auch als Lieferant. China ist zum viertwichtigsten Handelspartner (Exporte und Importe) des Landes geworden. Deutschland steht auf Rang 1, gefolgt von Österreich und den USA.

Der Anteil der Exporte und Importe von Waren nach bzw. aus China beträgt in Liechtenstein rund neun Prozent und liegt damit etwa gleich hoch wie der Anteil von China im Aussenhandel von Deutschland, der Schweiz und den USA.[3]
Im Gegensatz zu den anderen Ländern erzielen Liechtenstein und die Schweiz mit China einen Handelsbilanzüberschuss.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Auswirkungen der globalen Krisen und die restriktiven Handelsmassnahmen haben im Wirtschaftswachstum und vor allem im Aussenhandel Liechtensteins markante Spuren hinterlassen. Das rasante Wachstum bis 2008 wurde durch die Finanzkrise jäh unterbrochen. Am meisten darunter

3 Global betrachtet hat China die USA als wichtigsten Handelspartner abgelöst. Auch für die Europäische Union und für Deutschland ist China zum wichtigsten Handelspartner aufgestiegen. In der Schweiz und den USA belegt China den dritten Platz.

gelitten haben die beiden Schwergewichte im Aussenhandel: die Warenarten «Maschinen, Apparate und Elektronik» sowie «Metalle». Die Handelsbeziehungen Liechtensteins zu China weisen ein starkes Wachstum aus.

Die Veränderungen in der globalen und regionalen Wirtschaft stellen die Politik und die Unternehmen in Liechtenstein vor einige Herausforderungen.

8 | Die Handlungsoptionen von Liechtenstein

8.1 Aktives Engagement bei der Reform der WTO

Die Globalisierung hat der liechtensteinischen Volkswirtschaft «goldene» Zeiten beschert. Seit einigen Jahren bedrohen geopolitische Konflikte, Handelskriege, Protektionismus und Abschottungstendenzen das Geschäftsmodell des Fürstentums, welches auf den Zugang zu den internationalen Märkten beruht. Die internationale Ordnung steht gegenwärtig zur Disposition.

Im Kapitel 3.2 haben wir die Frage erörtert, ob die neue Weltordnung bipolar, multipolar oder multilateral sein wird. Dabei haben wir festgehalten, dass viele Akteure die Chancen einer Multipolarität am höchsten einschätzen. Eine multipolare Weltordnung würde bedeuten, dass wir in einer fragmentierten, vielfältigen und auch konfliktträchtigen Welt leben – einer Welt, die in konkurrierende Machtblöcke unterteilt ist. Charakteristisch für ein multipolares System sind Abschottung und Protektionismus, begleitet von Diskussionen über eine Entflechtung wirtschaftlicher und politischer Beziehungen.

Im Gegensatz dazu strebt der Multilateralismus eine Ordnung an, in der stabile und transparente Grundsätze für alle Staaten gelten – ungeachtet ihrer Grösse. Multilateralismus bindet Staaten durch gemeinsame Regeln und kann so Machtunterschiede mildern. Dabei geht es um die Dominanz des Rechts über die Stärke (Speck, 2014).

Globale Herausforderungen können nicht durch Massnahmen einzelner Länder oder Ländergruppen gelöst werden. Hierbei spielen internationale Organisationen wie die WTO eine zentrale Rolle. Die WTO verfolgt das Ziel, den internationalen Handel zwischen den Mitgliedsländern zu erleichtern, zu fördern und zu regulieren. Sie etabliert klare und transparente Regeln, um einen stabilen und vorhersehbaren Rahmen für den globalen Handel zu schaffen. Gemäss der Meistbegünstigungsklausel müssen Handelszugeständnisse, die einem Mitglied gewährt werden, auch allen anderen Mitgliedern zugestanden werden. Ausnahmen gelten für Freihandelszonen und Zollunionen. Die WTO hat zudem ein Streitschlichtungssystem aufgebaut, um allen Staaten den Zugang zu Rechtsmitteln zu bieten und Konflikte friedlich zu lösen.

Allerdings sieht sich die WTO mit grundsätzlichen Problemen konfrontiert und befindet sich seit einigen Jahren in einer existenziellen Krise. Drei von vielen Gründen für die gegenwärtige Handlungsunfähigkeit der WTO seien zur Verdeutlichung erwähnt:

- Erstens konnten bei den Verhandlungen der WTO kaum mehr Fortschritte erzielt werden, da die 164 Mitgliedstaaten unterschiedliche Interessen und Prioritäten verfolgen und Vereinbarungen Einstimmigkeit erfordern. Weil keine Einigung mehr möglich erscheint, steigt die Zahl bilateraler Abkommen. Dies erhöht die Gefahr eines handelspolitischen Flickenteppichs.

- Zweitens ist das Streitbeilegungssystem seit dem Jahr 2019 blockiert, weil die USA die Ernennung neuer Richter verhindern. Ein Beispiel dafür sind die von der Schweiz und anderen Ländern angefochtenen Zölle der USA auf Stahl- und Aluminiumimporte. Die WTO entschied am 9. Dezember 2022, dass diese Zölle gegen internationales Handelsrecht verstossen. Dagegen legten die USA am 26. Januar 2023 Berufung ein, doch das WTO-Berufungsgremium ist blockiert, da die USA eben die Ernennung von Richtern verhindern (Chakowski et al., 2023).

- Drittens wurde die WTO für eine Welt ohne substanzielle geopolitische Rivalitäten entwickelt. Bei geopolitischen Spannungen geht es nicht hauptsächlich um ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen, sondern um Machtansprüche. Das führt zu protektionistischen Massnahmen und Handelskonflikten, wie die aktuellen Entwicklungen zeigen. Das WTO-Lehrbuchmodell bricht in einer Welt, in der es nicht mehr um die Steigerung des gemeinsamen Wohlstandes geht, zusammen (Felbermayr, 2019).

Insbesondere für kleine Länder sind offene Märkte von zentraler Bedeutung. Die Stärkung des multilateralen, regelbasierten Handelssystems stellt daher für Liechtenstein den optimalen Weg in die Zukunft dar. Liechtenstein hat ein grosses Interesse am Fortbestand der WTO und sollte daher einer ambitionierten Reform der Organisation höchste Priorität zukommen lassen. Um konstruktive Reformvorschläge einzubringen, sind starke Allianzen mit ausgewählten Mitgliedern der WTO notwendig – insbesondere mit der EU.

8.2 Marktzugang zur EU, Freihandels- und andere Abkommen

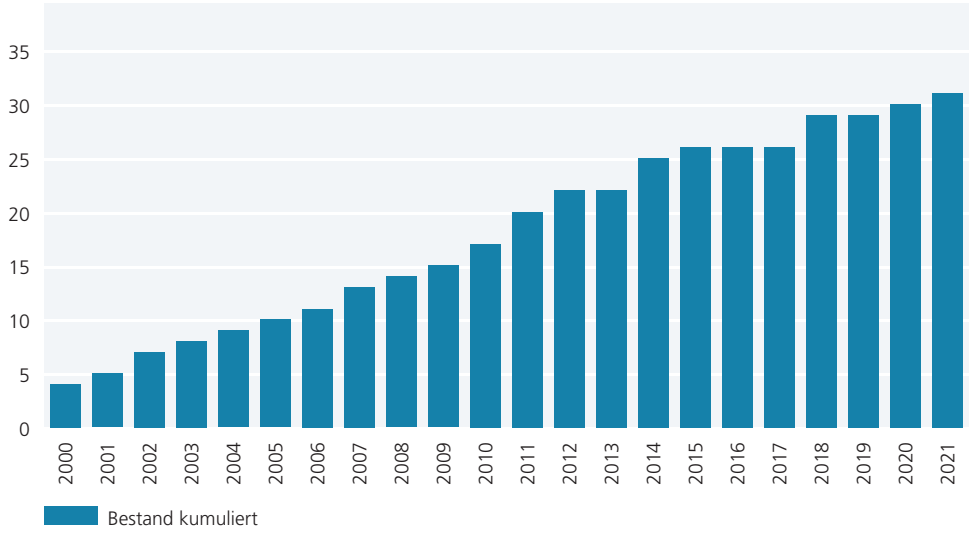
Angesichts der in dieser Fokusstudie beleuchteten internationalen Entwicklungen ist davon auszugehen, dass Liechtenstein in Zukunft verstärkt auf eine Zusammenarbeit mit der EU, den Nachbarländern und anderen Staaten angewiesen sein wird. Ein mehrgleisiges Vorgehen wird künftig noch bedeutender sein als in der Vergangenheit.

Die EU ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner Liechtensteins. Neben den Unsicherheiten auf den globalen Märkten ist dies ein wichtiger Grund, warum die Partnerschaft mit der EU weiter vertieft werden sollte. Der EWR hat sich als geeignete Plattform für die Integration Liechtensteins in Europa bewährt.

Im Verbund mit den anderen EFTA-Mitgliedstaaten kann Liechtenstein über Freihandelsabkommen den Zugang zu Märkten vertiefen. Diese Abkommen haben schon in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und werden in Zukunft noch essenzieller sein. Gegenwärtig bestehen 31 Freihandelsabkommen, die 40 Länder und Territorien ausserhalb der EU abdecken. Sie haben zu einem überdurchschnittlichen Austausch von Waren mit den beteiligten Staaten geführt (Eisenhut et al., 2022).

Abbildung 26: Bestand Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA-Mitgliedschaft

Quelle: EFTA (2023)



Angesichts der Schwäche des Multilateralismus gewinnen die Pflege und Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu ausgewählten Ländern strategisch an Bedeutung und bieten einen Ausweg aus der derzeitigen Blockade (Regierung, 2019). Dabei stehen immer mehr auch themenspezifische Abkommen im Fokus, etwa im Bereich des digitalen Handels, im E-Commerce oder der Rohstoffbeschaffung.

In diesem Kontext ist es von entscheidender Bedeutung, auch die Pflege und Weiterentwicklung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht zu vernachlässigen. Zentral ist hierbei der Zollvertrag mit der Schweiz, der liechtensteinischen Unternehmen den uneingeschränkten Marktzugang ermöglicht und über bilaterale Abkommen der Schweiz auch den Zugang zu anderen Ländern sichert. Grosse Bedeutung kommt ausserdem den Beziehungen zu Deutschland zu. Deutschland ist nicht nur der wichtigste Handelspartner, sondern nimmt auch eine Schlüsselrolle in der EU ein.

In Bezug zur EU und zum EWR ist es erforderlich, dass die liechtensteinische Regierung ihre Position klar darlegt. Welche Massnahmen zieht sie in Betracht, wenn sie von der Notwendigkeit zur Festigung und Vertiefung der privilegierten Beziehung zur EU schreibt? Dabei sollte sie auch verdeutlichen, wie sie zu weiteren Integrationsschritten steht (Frommelt, 2019).

Die Evaluierung sowohl neuer Länder als auch neuer Themen und potenzieller Partnerländer für weitere Abkommen, vor allem in Kooperation mit den EFTA-Ländern, würde den Rahmen dieser Fokusstudie sprengen. Sie stellt eine Aufgabe für die Regierung dar. Derzeit beläuft sich das Handelsvolumen Liechtensteins mit Ländern ohne Freihandelsabkommen auf etwa 720 Millionen Franken jährlich. Dies entspricht einem Anteil von 14 Prozent des gesamten Handelsvolumens. Zu den grössten Handelsländern ohne Freihandelsabkommen gehören die USA, Indien, Taiwan und Brasilien.

China spielt in allen von Liechtenstein ausgewählten Schwerpunkten im multilateralen Engagement (Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht) eine wichtige Rolle. Die wachsenden Zielkonflikte bei diesen Schwerpunkten mit China sowie dessen zunehmende Bedeutung im Aussenhandel Liechtensteins erfordern eine klare Definition der zukünftigen Eckpfeiler der gegenseitigen Beziehungen,

wohl auch in diesem Fall in der Allianz mit anderen Ländern oder der EU. Das wäre nicht nur für Unternehmen hilfreich, sondern für alle anderen Institutionen und Personen, die mit China in Verbindung stehen.

8.3 Kann Liechtenstein gegen den Strom schwimmen?

Wie soll sich Liechtenstein im Umfeld des Subventionswettlaufs im Rahmen der Industriepolitik der Grossmächte positionieren? Die beschriebenen globalen wirtschaftspolitischen Massnahmen liegen ausserhalb der Beeinflussungsmöglichkeiten Liechtensteins – das Land kann dabei nicht mithalten. Es ist aber nicht auszuschliessen, dass auch in Liechtenstein Diskussionen über Subventionen anstehen. Dies könnte beispielsweise der Fall sein, wenn die Forderungen der Regierungschefs der deutschen Bundesländer für einen längerfristigen Strompreisdeckel (bis 2030) für energieintensive Unternehmen in Deutschland und in der EU umgesetzt würden. Subventionen im Rahmen einer umfassenden Industriepolitik oder gar protektionistische Massnahmen sind für das liberale und weltoffene Liechtenstein allerdings keine Option. Schon die Eckwerte des Finanzleitbildes würden eine derart grosszügige Subventionspolitik nicht zulassen. Liechtenstein steht vor der Herausforderung, gegen den Strom zu schwimmen.

Für ein so kleines Land wie Liechtenstein geht es allerdings weniger um den Wettbewerb zwischen Nationen als vielmehr um den Wettbewerb der Unternehmen im Weltmarkt. Dabei hängt die Standortattraktivität Liechtensteins in erster Linie vom Innovationspotenzial ab. Hierbei spielen kluge Köpfe und entsprechende Unternehmen eine zentrale Rolle. Ein hervorragendes Bildungssystem, ein flexibler Arbeitsmarkt, stabile politische Verhältnisse, Rechtssicherheit, eine leistungsfähige Infrastruktur, zuverlässige Energieversorgung, die Digitalisierung der Verwaltung, optimale Bedingungen für Forschung und Entwicklung, ein attraktives Steuersystem und eine insgesamt hohe Lebensqualität sind Grundpfeiler dafür. Nicht nur, aber besonders in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Energieversorgung hat Liechtenstein zweifellos Optimierungsbedarf.

Die Regierung ist weder primär für Innovationen noch für das Gestalten von optimalen Lieferkettenstrategien zuständig. Das sind Aufgaben, welche die Unternehmen zu lösen haben (Föllmi, 2023). Liechtenstein ist keine Firma. Es liegt im ureigenen

Interesse der Unternehmen, die Risiken der Zulieferketten optimal zu managen und nicht von einem oder wenigen Anbietern abhängig zu sein.

Dabei sind es die Unternehmen gewohnt, mit klassischen Geschäftsrisiken wie Zinsänderungen oder neuer Konkurrenz umzugehen. Gegenwärtig sieht sich das Risikomanagement allerdings besonders grossen Herausforderungen gegenüber, seien es Gesundheitsrisiken, geopolitische Konflikte, neue Handelseinschränkungen, technische Risiken, Energieversorgung und viele mehr. Die Unternehmen müssen die Entscheidungen über eine Diversifikation der Lieferketten, über ein Re-, Near- oder Onshoring, über «De-Risking» oder «Decoupling»-Strategien und über die Verteilung der Produktionsstandorte treffen (Föllmi, 2023).

Einige liechtensteinische Unternehmen mit internationalen Produktionsstandorten können möglicherweise direkt von den verschiedenen wirtschaftspolitischen Massnahmen und Subventionstöpfen des Auslandes profitieren. Und indirekt können auf diese Weise auch Zulieferbetriebe in Liechtenstein zu Profiteuren werden. Vielleicht ermöglichen auch bestimmte Förderprogramme eine günstigere Beschaffung von Technologien auf den Weltmärkten (Indergand, 2023). Doch ungeachtet dieser potenziellen Vorteile für Einzelfirmen steht – wie bereits erwähnt – ausser Frage, dass Liechtenstein auf eine multilaterale Handelsarchitektur angewiesen ist und durch verschiedene Abkommen den ungehinderten Zugang zu Märkten sicherstellen sollte.

9 | Unternehmensperspektiven

Die dargestellten Entwicklungen verändern auch das Umfeld für die international tätigen liechtensteinischen Unternehmen und fliessen in ihre strategischen Überlegungen ein. Wir haben mit Führungspersönlichkeiten von vier grossen liechtensteinischen Unternehmen über die verschiedenen Aspekte der globalen Veränderungen, den Einfluss auf ihre Strategien und Massnahmen sowie über die Konsequenzen für Liechtenstein gesprochen. Es handelt sich dabei um die Hilti Gruppe (Schaan), die Hoval Gruppe (Vaduz), die Kaiser Gruppe (Schaanwald) sowie um Thyssenkrupp Presta (Eschen).

Die Resultate dieser Interviews fassen wir in diesem Kapitel in drei Themenblöcken zusammen: Wie sind die Unternehmen vom Umbruch in der Weltordnung und der Weltwirtschaft betroffen? Welche Massnahmen und Strategieanpassungen haben sie eingeleitet oder sind in Planung? Wie schätzen sie die Entwicklungen für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein und die liechtensteinische Wirtschafts- und Aussenhandelspolitik generell ein?

9.1 Konsequenzen des Umbruchs in der Weltordnung und der Weltwirtschaft für die Unternehmen

Industriepolitik und Subventionsprogramme werden von den Unternehmensvertretern durchweg kritisch gesehen. Allerdings können Einzelne die Reaktion von Staaten auf geopolitische Spannungen und bestehende Abhängigkeiten von strategisch wichtigen Produkten oder Rohstoffen nachvollziehen.

Die Unternehmen profitieren teilweise direkt von staatlichen Unterstützungen oder indirekt durch ein Nachfragewachstum bei den geförderten Branchen. Ein Gesprächspartner erachtet die standortpolitischen Fördermassnahmen speziell in Deutschland für sein Unternehmen als «bedeutungsvoll». Standortrelevante Entscheidungen sind aber nur in geringem Masse von politischen Programmen, zum Beispiel in der Klimapolitik, beeinflusst. Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, Rechtssicherheit, Fragen des Zusammenspiels von Entwicklung und Produktion, Währungsaspekte, die Qualität der Ausbildung und anderes haben bei komplexen Standortentscheidungen eine höhere Relevanz. Für zwei Unternehmensvertreter ist die Stärke des Frankens ein grosses Thema, mit ansteigender Relevanz in den kommenden Jahren.

Die Unternehmen sehen sich nicht oder nicht wesentlich dadurch benachteiligt, dass Konkurrenten stark von Förderprogrammen profitieren. Ein Unternehmensvertreter sieht sogar einen Vorteil darin, weil staatlich unterstützte Mitbewerber durch die Förderung «träge» würden. Eine höhere Agilität aber zahle sich langfristig aus. Aufgrund des Klimawandels und entsprechender Förderprogramme ergeben sich auf dem Arbeitsmarkt spürbare Veränderungen. Dies äussert sich darin, dass Fachkräfte zu Unternehmen abwandern, die von diesen Entwicklungen profitieren.

Unterschiedlich ist die Betroffenheit durch Handelsrestriktionen. Grundsätzlich sind die Unternehmen mit hoher, internationaler Arbeitsteilung stärker tangiert als jene, die ihre Aktivitäten vom Einkauf über Produktion bis zum Verkauf lokal oder regional gebündelt haben. Ein Unternehmen betont, dass es stark von den US-Massnahmen auf bestimmte Rohmaterialien und gewisse Komponenten aus China betroffen ist und zu Anpassungen gezwungen war.

Der Krieg in der Ukraine hat für eines der vier befragten Unternehmen starke Auswirkungen, weil es die Marktführerschaft in allen relevanten Bereichen in Russland erreicht hatte und der Markt nun völlig zusammenbricht. Das gleiche Unternehmen musste sich aufgrund des Drucks und der Sanktionen der USA vollständig aus dem iranischen Markt zurückziehen. Ein Unternehmen bekommt die Auswirkungen davon zu spüren, dass einzelne Produkte Bestandteile enthalten, die auch in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden und deren Beschaffung und Verwendung mit entsprechenden Auflagen und Hindernissen verbunden ist.

Negative Veränderungen sind auch in anderen Bereichen spürbar. So ist es schwieriger geworden, interne Fachspezialisten temporär an gewissen Standorten zu beschäftigen. Ein Unternehmensvertreter merkt an, dass Liechtenstein mit seiner restriktiven Niederlassungspolitik diesbezüglich allerdings auch nicht positiv zu bewerten ist. Gegenwärtig ist der Fachkräftemangel nicht nur im Heimmarkt, sondern auch in den meisten Auslandsmärkten eine grosse Herausforderung. Nach den Erfahrungen eines Unternehmensvertreters hat sich die Personalsituation in China etwas entspannt, nachdem grössere Technologieunternehmen den Standort verlassen haben.

Im Datenmanagement wirken sich staatliche Vorgaben zur Datenspeicherung aus. Grössere Länder wie China oder Japan führen für einige Produkte schon länger und für andere Produkte seit Kurzem eigene Produktzulassungsverfahren durch. Damit reicht der Zulassungsnachweis für den europäischen oder amerikanischen Markt nicht mehr aus.

9.2 Massnahmen und Strategieanpassungen

Die Pandemie und dadurch ausgelöste Lieferprobleme haben bei allen Unternehmen zahlreiche Massnahmen zur Beschaffung und Lagerhaltung von wichtigen Produkten oder Rohstoffen ausgelöst. Das Thema hat zwar in der Zwischenzeit an Bedeutung verloren, bleibt aber bei speziellen Produkten mit hohen Beschaffungsrisiken akut. Für ein Unternehmen besteht die Herausforderung darin, einzelne Lagerbestände wieder geordnet abzubauen, um strategische Partner nicht in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen.

Beispiele für andere Massnahmen der befragten Betriebe sind: Ein Unternehmen prüfte während längerer Zeit eine Akquisition in China, hat aber mittlerweile vom Vorhaben Abstand genommen. Für ein weiteres Unternehmen bleibt Liechtenstein zwar der zentrale Standort für Forschung und Entwicklung. Die Softwareentwicklung für bestimmte Applikationen wurde aber an Produktionsstandorte in den einzelnen Regionen verlagert, das heisst an einen anderen Standort in Europa, nach China und in die USA. Ein anderes Unternehmen hat ein Joint Venture aufgelöst, um das notwendige technische Know-how selbst aufzubauen und damit die Abhängigkeit von einem Partner zu reduzieren.

«Nearshoring» und «Local for Local» oder «Regional for Regional» sind zwar schon seit Längerem wichtige strategische Eckpfeiler der Unternehmen, haben aber in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Dasselbe gilt für das «De-Risking», also die Notwendigkeit, Abhängigkeiten von Lieferanten oder einzelnen Ländern zu reduzieren. Drei von vier Unternehmen haben entsprechende Massnahmen eingeleitet oder umgesetzt. Dabei spielen auch die europäischen Energieversorgungsprobleme eine bedeutende Rolle. Ein Unternehmensvertreter formuliert die Herausforderung so: «Hatte man bisher einen Plan A und als Alternative einen Plan B, braucht es nun wegen gestiegener Unsicherheit auch einen Plan C und einen Plan D.»

Dieser Absicherungsbedarf führt in Kombination mit anderen Massnahmen zu entsprechenden Kosten- und Preiserhöhungen. Bei einem anderen Unternehmen wird bereits bei der Produktentwicklung bzw. bei der Auswahl der Komponenten versucht, keine neuen Abhängigkeiten zu schaffen und bestehende zu reduzieren.

Zwei der vier Unternehmen betreiben Standorte in China und werden diese auch beibehalten. China bleibt für sie wichtig, vor allem für die Produktion und für ein Unternehmen auch als Absatzmarkt. Für alle vier Unternehmen wäre eine Ausweitung des Handelskonflikts zwischen China und den USA ein unangenehmes Szenario. Mehrere Unternehmen sehen in diesem Fall den Zugang zu gewissen wichtigen Komponenten infrage gestellt. China bleibt für alle Unternehmen in unterschiedlicher Intensität wichtig, wenn auch nicht überlebenswichtig.

Bei der Frage bezüglich einer weiteren Anspannung der geopolitischen Lage und als Folge einer weiteren Deglobalisierung sind die Meinungen geteilt. Ein Unternehmer äussert sich besorgt über diese Perspektive, da man auch rückblickend die heutige Situation vor zehn Jahren deutlich anders eingeschätzt hatte. Ein Rückzug aus den Auslandsmärkten – interpretiert als Deglobalisierung – ist für die Unternehmen jedoch keine erfolgversprechende Strategie. Demzufolge plant die Mehrheit auch keine Kürzungen bei den Direktinvestitionen im Ausland. Wohl aber erfordern die Veränderungen Strukturanpassungen, mehr Ressourcen für das Risikomanagement und höhere Agilität.

9.3 Konsequenzen für den Standort Liechtenstein und Beurteilung der Wirtschafts- und Aussenhandelspolitik

Macht- und Industriepolitik sind für Liechtenstein keine Option. Da diese in anderen Weltregionen aber zunehmen, kann der Umstand zum Nachteil für den heimischen Standort werden. Die Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften bleibt zwar für die Standortattraktivität zentral, ist aber auch in Liechtenstein zu einer bedeutenden Herausforderung geworden. Zwei Unternehmensvertreter sprechen sich deshalb für eine offenere Niederlassungspolitik aus – im Bewusstsein der damit verbundenen Herausforderungen und Risiken. Ein Unternehmensvertreter macht die Erfahrung, dass der Diskussionsbedarf mit Angestellten über Lohn, Zufriedenheit, Freizeit und Flexibilität noch nie so hoch war wie gegenwärtig. Ein Gesprächspartner merkt

auch selbstkritisch an, dass sein Unternehmen noch deutlich mehr tun könnte, um das Potenzial von Frauen für seinen Betrieb besser auszuschöpfen. Zwei Interviewpartner heben die nach wie vor ungelöste Problematik hervor, dass die Homeoffice-Möglichkeiten für Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus der Schweiz mit EU-Staatsbürgerschaft stark eingeschränkt sind.

Auch wenn sich die Unternehmer nicht zuletzt aufgrund der Tradition und der Unternehmensgeschichte stark mit dem Standort Liechtenstein verbunden fühlen und sich auch weiterhin dazu bekennen, geben sie zu bedenken, dass die bisher positive Entwicklung nicht als selbstverständlich angesehen werden darf. Sie erwarten von der Politik, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für den Standort engagiert und sich in EFTA und WTO dezidiert für eine offene Wirtschaft einsetzt. Das kann auch «im Kleinen» geschehen, indem beispielsweise Unterstützung bei der Visabeschaffung zur temporären Verlagerung spezialisierter Arbeitskräfte an ausländische Standorte geboten wird. Für einen Unternehmensvertreter stehen Handelsabkommen mit den USA und mit Indien weit oben auf der Prioritätenliste. Zentral sind für die Gesprächspartner die Zusammenarbeit mit der Schweiz und die Hoffnung, dass sie für ihre Beziehungen mit der EU möglichst rasch eine erfolgreiche Regelung findet. Ein Interviewpartner kritisiert die mangelnde Durchsetzbarkeit wichtiger Reformen durch die Politik, obwohl im direkten Gespräch der Handlungsbedarf klar erkannt und bejaht wird.

Ein wichtiges Argument für den Standort Liechtenstein ist nach wie vor das notwendige Zusammenspiel zwischen Forschung und Entwicklung sowie Produktion. Aber auch die politische Stabilität und das Bildungssystem werden grundsätzlich als Vorteile gesehen, wobei einzelne Interviewpartner auf allen Stufen des Bildungssystems Verbesserungspotenzial orten. Deutlich wird auch, dass keines der Unternehmen Ausbaupläne für die Produktion in Liechtenstein verfolgt. Das Wachstum ihres Unternehmens findet an anderen Standorten und auf anderen Märkten sowie durch Akquisitionen statt.

10 | Die wichtigsten Erkenntnisse und Empfehlungen

1. Die multiplen Krisen seit 2008 und der Klimawandel haben die wirtschaftlichen Unsicherheiten erhöht und systemische Risiken in den Vordergrund gerückt. Noch ist unklar, wie die neue Weltordnung aussehen wird. Ob sie von der Systemrivalität zwischen den USA und China geprägt sein wird oder ob sich andere Länder wie Indien zu neuen Machtpolen entwickeln. Die Hoffnung auf eine Rückkehr zu einer multilateralen Weltordnung, in der das Recht über machtpolitischen Ansprüchen steht, ist zwar noch vorhanden. Eine solche Entwicklung hat aber an Wahrscheinlichkeit eingebüsst.

2. Als systemisches Risiko gilt auch die enge Verbundenheit durch globale Wertschöpfungsketten und die Abhängigkeit von bestimmten Rohstoffen, wenigen Ländern oder einzelnen Lieferanten. Im Bereich der Produkte sind Halbleiter oder Batterien im Blickfeld, bei den Rohstoffen unter anderem Seltene Erden und bei Lieferanten beispielsweise Technologiegiganten. In Bezug auf Länder steht für den Westen die Abhängigkeit von China im Zentrum der Diskussionen. Dabei wächst die Erkenntnis, dass eine Abkoppelung sowohl für die USA und Europa als auch für China mit enormen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden wäre. Deshalb liegt der Fokus verstärkt auf einer Risikostreuung und -minderung.

3. Die Transformation zu einer Netto-Null-CO_2-Gesellschaft bis 2050 ist eine Herkulesaufgabe. Dabei zeichnet sich ab, dass ein globaler Lösungsansatz, der für dieses weltweite Problem eigentlich notwendig wäre, in weite Ferne rückt. Eine Polarisierung zwischen dem globalen Norden und Süden ist der Sache nicht dienlich.

4. Auf politischer Ebene ist eine Deglobalisierung im Gange. Davon zeugen nicht nur die machtpolitischen Konflikte, die zur obersten Priorität aufgestiegene nationale Sicherheit, die Bestrebungen zur Reduktion der Unabhängigkeit oder die Handlungsunfähigkeit internationaler Organisationen wie der WTO, sondern ganz besonders die zahlreichen Restriktionen im Handel. Sie reichen von tarifären Handelshemmnissen bis zu gänzlichen Export- und Importverboten. Neben sicherheitspolitischen Argumenten stehen dabei der Schutz und die Förderung der heimischen Wirtschaft im Vordergrund.

5. In den letzten drei Jahren hat die Anzahl handelspolitischer Massnahmen beinahe explosionsartig zugenommen. Besonders beliebt sind dabei Subventionen in verschiedensten Bereichen. So erreichen nicht nur die staatlichen Finanzspritzen für erneuerbare Energien neue Höchstwerte, sondern auch diejenigen für fossile Brennstoffe.

6. Die fundamentalen Veränderungen in der Wirtschaftspolitik sind geprägt von «Subventionsfieber» und einer «Protektionismus-Grippe». Sie werden mit Begriffen wie Geoökonomie, strategische Handelspolitik oder Industriepolitik beschönigt. Dabei erlebt die Industriepolitik eine eigentliche Renaissance. Regierungen bestimmen, welches die zukünftigen Erfolgsbranchen und Produkte sind. Entsprechende Unternehmen werden unterstützt, geschützt oder angelockt. Mit immensen Geldsummen werden dafür wohlklingende Programme konzipiert und umgesetzt.

7. Auch auf ökonomischer Ebene verändert sich die Globalisierung markant. Nicht nur das globale Wachstum hat sich seit der Finanzkrise 2009 verlangsamt, sondern auch der Welthandel. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise hat eine Tempodrosselung bei der Handelsvernetzung der Weltwirtschaft eingesetzt. Das weltweite Handelsvolumen in Prozent des BIP bewegt sich seither mehr oder weniger seitwärts. Die Direktinvestitionen von Unternehmen im Ausland in Prozent des BIP waren in den letzten Jahren rückläufig. Die totgesagte Inflation ist auferstanden, und die Schuldenstände sind auf neue Höchstwerte geklettert.

8. Die international tätigen liechtensteinischen Unternehmen haben begonnen, ihre Wertschöpfungs- und Lieferketten umzubauen, eine grössere Diversifizierung bei den Lieferanten zu erreichen, ihre Lagerstrategie anzupassen und gewisse Tätigkeiten zurück ins Heimatland oder in nähergelegene Regionen zu verlagern. Diese Strukturveränderungen werden sich nach Einschätzung der Unternehmen in den nächsten Jahren fortsetzen. Gemäss ihrer Beurteilung bleibt der Markt in China weiterhin attraktiv. Die Tendenz geht weniger in Richtung Abkoppelung, sondern eher in die Richtung «Local for Local», das heisst in China für den chinesischen Markt zu produzieren.

9. In Gesprächen mit vier liechtensteinischen Unternehmungen zeigt sich, dass sie bisher von den Handelsrestriktionen wenig betroffen sind. Dennoch führten die globalen Entwicklungen zu zahlreichen Anpassungen, die sich weitgehend mit denen von anderen Unternehmen in anderen Ländern decken. Eine Strategie der Deglobalisierung – interpretiert als Rückzug von Auslandsmärkten – ist für alle vier Unternehmen keine Option. Die befragten Unternehmen erwarten von der Politik, dass sie sich dezidiert für eine offene Wirtschaft einsetzt, weitere Handelsabkommen abschliesst und die Standortfaktoren optimiert. Das zukünftige Wachstum findet gemäss ihren Aussagen nicht in Liechtenstein, sondern an anderen Standorten statt.

10. Angesichts der turbulenten globalen Ereignisse hat sich das Wachstum des BIP auch in Liechtenstein nach 2008 verlangsamt. Der Warenhandel in Prozent des BIP ist seit 2008 von 110 Prozent auf 78 Prozent (2022) gesunken. Besonders stark unter Druck geraten sind die Exporte in den Warenarten «Maschinen, Apparate und Elektronik» sowie «Metalle». Ländermässig betrachtet ist China der grosse Aufsteiger im Aussenhandel von Liechtenstein.

Angesichts der globalen Entwicklungen empfiehlt Zukunft.li Liechtenstein Folgendes:

- In starker Allianz mit anderen WTO-Mitgliedern sollte Liechtenstein einer Reform und einer Wiederbelebung der WTO höchste Priorität einräumen. Denn die Rückkehr zu einer multilateralen Weltordnung mit einer handlungsfähigen WTO ist für die zukünftige Entwicklung von kleinen, weltoffenen Ländern wie Liechtenstein besonders wichtig.

- In allen von Liechtenstein ausgewählten Schwerpunkten im multilateralen Engagement spielt China eine wichtige Rolle. Die Ausarbeitung einer China-Strategie der Regierung wäre deshalb zu begrüssen.

- Die Partnerschaften mit den EU-/EWR-/EFTA-Ländern sind entscheidend für die Zukunft Liechtensteins. Die Regierung schreibt im aussenpolitischen Bericht, dass es wichtig ist, «die privilegierte Partnerschaft mit der EU zu festigen und weiter zu vertiefen». Wir empfehlen, diesen Punkt zu konkretisieren und entsprechende Massnahmen aufzuzeigen.

- Weitere Freihandelsabkommen sind im Verbund mit den EFTA-Staaten anzustreben.

- Die Pflege und Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu ausgewählten Ländern gewinnen strategisch an Bedeutung. Dabei stehen immer mehr auch themenspezifische Abkommen im Fokus.

- Die Standortattraktivität Liechtensteins hängt in erster Linie vom Innovationspotenzial ab. Dabei spielen kluge Köpfe und entsprechende Unternehmen eine zentrale Rolle. Die Erfolgspfeiler dafür sind unter anderem ein hervorragendes Bildungssystem, ein flexibler Arbeitsmarkt, Rechtssicherheit, eine leistungsfähige Infrastruktur, zuverlässige Energieversorgung, optimale Bedingungen für Forschung und Entwicklung, ein attraktives Steuersystem und eine insgesamt hohe Lebensqualität. Bei vielen Indikatoren schneidet Liechtenstein gut ab, bei anderen – wie zum Beispiel im Verkehr – besteht zweifellos Optimierungsbedarf.

Gesprächspartner der Unternehmensinterviews, geführt am 24. August und am 28. August 2023:

Hilti Gruppe	Dr. Christoph Loos, Verwaltungsratspräsident
Hoval Gruppe	Dr. Richard Senti, Verwaltungsratspräsident
Kaiser Gruppe	Markus Kaiser, CEO und Verwaltungsratspräsident
Thyssenkrupp Presta AG	Dr. Daniel Fitzek, COO Division Steering Column

12 | Abkürzungen

BTI	Bertelsmann Transformation Index
BIP	Bruttoinlandprodukt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandels-assoziation)
EIU	Economist Intelligence Unit
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IDEA	International Institute for Democracy and Electoral Assistance
IEA	Internationale Energieagentur
IMF	International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds, IWF)
IRA	Inflation Reduction Act
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantische Vertrags-organisation)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-wicklung)
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
WEF	World Economic Forum
WTO	World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)

13 | Literaturverzeichnis

- Amt für Statistik (AS) (2022a): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Vaduz.
- Amt für Statistik (AS) (2022b): Aussenhandelsstatistik. Vaduz.
- Auswärtiges Amt (2023a): Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie. Berlin.
- Auswärtiges Amt (2023b): China-Strategie der Bundesregierung. Berlin.
- Averkin, J. & Dümmler, P. (2022): Das machtbasierte Handelssystem im Vormarsch. Avenir Suisse. Blogbeitrag vom 23.05.2022. Zürich.
- Baker, S. R., Bloom, N. & Davis, S. J. (2023): Economic Policy Uncertainty. https://www.policyuncertainty.com. Zugriff: 31.08.2023.
- Baumann, M. & Büchenbacher, K. (2023): Der unheimliche Erfolg von Shein. NZZ. Ausgabe vom 28.06.2023. Zürich.
- Bernath, M. (2023): Handelsboom trotz Zollstreit. Finanz und Wirtschaft. Ausgabe vom 15.04.2023.
- Bertelsmann Stiftung (2022): The Transformation Index, BTI 2022. https://bti-project.org/en/?&cb=00000. Zugriff: 01.09.2023.
- Beyer, J. (2018): Finanzialisierung, Demokratie und Gesellschaft – zehn Jahre nach Beginn der Finanzkrise. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Ausgabe vom 21.08.2018. Köln.
- Bolton, P., Despres, M., Pereira da Silva, L. A., Samama, F. & Svartzman, R. (2020): The green Swan. Central banking and financial stability in the age of climate change. Basel.
- Brunhart, A. & Geiger, M. (2022): Wachstumsmonitor – Ausgabe 3. Liechtenstein-Institut. Gamprin-Bendern.
- Carnazzi Weber, S. & Zumbühl, P. (2023): Geopolitische Spannungen als Herausforderung für Schweizer Unternehmen. KMU-Studie 2023 der Credit Suisse. Zürich.
- Chakowski, N., Engammare, V. & Todeschini-Marthe, C. (2023): Stahlzölle: Die WTO gibt der Schweiz erneut recht. Die Volkswirtschaft. Ausgabe vom 06.07.2023. Bern.
- Dittli, M. (2023a): The Big Picture. Ein Blick auf die neue Weltordnung. The Market (NZZ). Publiziert am 31.03.2023.
- Dittli, M. (2023b): «China ist viel abhängiger von Europa als umgekehrt». The Market (NZZ). Publiziert am 10.03.2023. Zürich.
- Dittli, M. (2023c): Ein gigantisches Schlürfgeräusch. The Market (NZZ). Publiziert am 20.04.2023.
- Drezner, D. W., Farrell, H. & Newman, A. L. (2021): The Uses and Abuses of Weaponized Interdependence. Brookings Institution Press. Washington D.C.
- EFTA (2023): Free Trade Agreements and Trade Relations by Partners. https://www.efta.int/free-trade/free-trade-agreements. Zugriff: 01.09.2023.
- Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) (2023): Sicherheit Schweiz. Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes. Bern.
- Eisenhut, P., Lorenz, T. & Quaderer, D. (2022): Wirtschaftswachstum. Trilemma zwischen Wachstum, Umwelt und Lebensqualität. Stiftung Zukunft.li. Ruggell.
- Eisenhut, P. & Sturm, J. E. (2022): Aktuelle Volkswirtschaftslehre. Somedia Buchverlag. Edition Rüegger. Ausgabe 2022/2023. Ennenda.
- Europäische Kommission (2022): EU strategic dependencies and capacities. Second stage of in-depth reviews. Brüssel.
- Europäische Kommission (2023a): An EU approach to enhance economic security. Press Release. Brüssel.
- Europäische Kommission (2023b): Net-Zero Industry Act: Making the EU the home of clean technologies manufacturing and green jobs. Press Release. Brüssel.
- European Union Chamber of Commerce in China (EUCCC) (2023): European Business in China. Business Confidence Survey 2023. In partnership with Roland Berger. Peking.
- Felbermayr, G. (2019): 25 Jahre WTO – Ursachen des Zerfalls und Reformvorschläge für die Zukunft. Ifw Kiel. Kiel Focus. Ausgabe vom Dezember 2019. Kiel.
- Felbermayr, G. (2023): Krieg mit anderen Mitteln. Wifo – Monatsbericht. Ausgabe vom Februar 2023. Wien.
- Felbermayr, G., Mahlkow, H. & Sandkamp, A. (2022): Cutting through the Value Chain: The Long-Run Effects of Decoupling the East from the West. ifw Kiel. Kiel Working Paper. Ausgabe vom März 2022. Kiel.
- Felbermayr, G. & Wolff, G. (2020): Die Welt nach Covid-19: Der Gewinn an Sicherheit ist teuer bezahlt. NZZ. Ausgabe vom 10.05.2020. Zürich.
- Ferguson, N. & Schularick, M. (2006): Chimerica, New York Times Magazine. Ausgabe vom 09.04.2006.

- Fischer, P. A. (2023): Die Chinapolitik der USA schadet beiden Staaten – es braucht einen neuen Deal. NZZ. Ausgabe vom 05.05.2023. Zürich.
- Fitch Ratings (2023): Rating Action Commentary. Fitch Downgrades the United States' Long-Term Ratings to 'AA+' from 'AAA'; Outlook Stable. https://www.fitchratings.com/research/sovereigns/fitch-downgrades-united-states-long-term-ratings-to-aa-from-aaa-outlook-stable-01-08-2023. Zugriff: 07.09.2023.
- Flubacher, R. (2023): Chinas Solarhersteller fluten den Markt in Europa mit Billigpanels. NZZ. Ausgabe vom 15.09.2023. Zürich.
- Föllmi, R. (2023). Funktionierende Lieferketten brauchen keinen Staat. Die Volkswirtschaft. Ausgabe vom 14.07.2023. Bern.
- Frommelt, Ch. (2015): 20 Jahre EWR: Einschätzungen von EWR-Experten und Führungskräften. Ergebnisse einer Onlinebefragung. Liechtenstein-Institut. Gamprin-Bendern.
- Frommelt, Ch. (2019): Welche Aussenpolitik für Liechtenstein? Blogbeitrag vom 22.08.2019. Liechtenstein-Institut. Gamprin-Bendern.
- Fuest, C. (2023): Welche Industriepolitik Europa wirklich braucht. FAZ. Ausgabe vom 17.02.2023. Frankfurt am Main.
- Fukuyama, F. (1992): The End of History and the Last Man. Free Press. New York.
- Gauss, R., Burkhardt, C., Carencotte, F., Gasparon, M., Gutfleisch, O., Higgins, J., Karajic, M., Klossek, A., Mäkinen, M., Schäfer, B., Schindler, R. & Veluri, B. (2021): Rare Earth Magnets and Motors: A European Call for Action. A report by the Rare Earth Magnets and Motors Cluster of the European Raw Materials Alliance. Berlin.
- General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) (1986): Text of the General Agreement. Artikel XXI vom Juli 1986. Genf.
- Global Trade Alert (2023): Independent monitoring of policies that affect world commerce. https://www.globaltradealert.org. Zugriff: 01.09.2023.
- Glunz, A. (2023): Resilienz in Zeiten des Decouplings bzw. Deriskings und geopolitischer Krisen. KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Berlin.
- Görg, H. & Kamin, K. (2021): Globalisierung trifft Geoökonomie. Wirtschaftsdienst Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. Ausgabe vom November 2021. Hamburg.
- Gründler, K., Heil, Ph., Potrafke, N. & Wochner, T. (2023): Weltweite Experteneinschätzung zu den Auswirkungen des US-Inflation Reduction Acts. ifo-Studie im Auftrag des Bundesfinanzministeriums der Finanzen. München.
- Guyer, E. (2023): Der neue Weltkrieg – ein Jahr russische Invasion und die Folgen für die Weltpolitik. NZZ. Ausgabe vom 24.02.2023. Zürich.
- Hoffer, R. (2023): In Zukunft werden Unternehmen das Risiko selbst tragen müssen: Deutschland präsentiert zum ersten Mal eine China-Strategie. NZZ. Ausgabe vom 13.07.2023. Zürich.
- Höltschi, R. (2023a): Auch ein süsses Gift ist ein Gift. NZZ. Ausgabe vom 04.05.2023. Zürich.
- Höltschi, R. (2023b): Deutschland stockt die Subventionen für die Magdeburger Intel-Werke auf fast 10 Milliarden Euro auf. NZZ. Ausgabe vom 19.06.2023. Zürich.
- Hosp, G. (2023): Biden macht die EU in der Klimapolitik grün vor Neid. Doch ein Subventionswettlauf führt in die Sackgasse. NZZ. Ausgabe vom 04.04.2023. Zürich.
- Hug, D. (2016): Warum gibt es trotz Geldflut keine Inflation? NZZ Magazin. Ausgabe vom 07.05.2016. Zürich.
- Huwart, J. & Verdier, L. (2014): Die Globalisierung der Wirtschaft: Ursprünge und Auswirkungen. OECD Insights, OECD Publishing. Paris.
- Indergand, R. (2023): Brandgefährlicher Subventionswettlauf. Die Volkswirtschaft. Ausgabe vom 14.07.2023. Bern.
- Institute of International Finance (2023): Sustainable Debt Monitor. https://www.iif.com/Products/Sustainable-Debt-Monitor. Zugriff: 01.09.2023.
- International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA) (2022): The Global State of Democracy 2022. Stockholm.
- International Energy Agency (IEA), (2023a): Energy Technology Perspectives 2023, Paris.
- International Energy Agency (IEA) (2023b): Fossil Fuel Consumption Subsidies 2022. Policy Report. Paris.
- International Monetary Fund (IMF) (2023): Chapter 4 Geoeconomic Fragmentation and Foreign Direct Investment. World Economic Outlook April 2023: A Rocky Recovery. Washington D.C.
- Konjunkturforschungsstelle (KOF) (2023): Wie abhängig ist die Schweizer Industrie von China? KOF Bulletin. Ausgabe Nr. 174. vom 02.06.2023. Zürich.

- Langer, M. A. (2023): Chip-Konflikt mit China: Japan und Niederlande schliessen sich den USA an. NZZ. Ausgabe vom 29.01.2023. Zürich.
- Leisinger, Ch. (2023): Trotz aller Kritik: Washington nutzt die Industriepolitik gezielt, um den geopolitischen Vorteil auszubauen. NZZ Pro Global. Ausgabe vom 07.08.2023.
- Lionnet, P., Maduz, L., Kamasa, J. & Brengard, M. (2023): Handelspolitik ist Geopolitik: Ein Spannungsfeld. Die Volkswirtschaft. Ausgabe vom 25.05.2023. Bern.
- Löhr, J. (2023): Anschubhilfe darf nur von kurzer Dauer sein. FAZ. Ausgabe vom 16.01.2023. Frankfurt am Main.
- Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2023): US Hegemony and its Perils. Peking.
- Mitteldeutscher Rundfunk Sachsen-Anhalt (MDR) (2023): Chronologie der Intel-Ansiedlung in Magdeburg. Onlinemeldung vom 20.06.2023. Magdeburg.
- Müller, F. (2023): Biden limitiert Investitionen in China – und die Industrie atmet auf. Tagesanzeiger. Ausgabe vom 10.08.2023. Zürich.
- Müller, M. (2023): Warum Vietnam als alternativer Produktionsstandort neben China immer wichtiger wird. NZZ PRO Global. Ausgabe vom 12.06.2023. Zürich.
- Myclimate (2023): Was sind die Folgen des Klimawandels und der globalen Erwärmung? https://www.myclimate.org/de-ch/informieren/faq/faq-detail/was-sind-die-folgen-des-klimawandels/. Zugriff: 01.09.2023.
- NZZ (2022): Klimagipfel in Ägypten: Konferenz endet mit einem Sieg der Entwicklungsländer – ärmere Länder erhalten Klimaausgleichszahlungen. https://www.nzz.ch/international/klimapolitik-die-neusten-entwicklungen-ld.1641282. Zugriff: 01.09.2023.
- Peterson, T. (2023): Strategische Handelspolitik 2.0. Makroökonom. https://makronom.de/strategische-handelspolitik-2-0-44317. Zugriff: 01.09.2023.
- Regierung des Fürstentums Liechtenstein (Regierung) (2019): Schwerpunkte und Ziele der liechtensteinischen Aussenpolitik. Vaduz.
- Rodrik, D. (2011): W. W. Norton & Co. The Globalization Paradox. Democracy and the Future of the World Economy. New York.
- Rudzio, K. (2023): Die Gefahr der hohen Schulden. Zeit Online. https://www.zeit.de/2023/17/globale-staatsverschuldung-iwf-schuldenkrise. Zugriff: 01.09.2023.
- Rutz, S. & Grabher, L. (2023): Weshalb Ökonomen Subventionen nicht sonderlich mögen. Avenir Suisse. Blogbeitrag vom 23.01.2023. Zürich.
- Ryf, St., Siegenthaler, P., Fasnacht, D. & Fichter, Ch. (2023): Schweizer KMU: Gute Stimmung trotz neuen Herausforderungen. NZZ-KMU-Barometer 2023. Kalaidos Fachhochschule Schweiz in Zusammenarbeit mit der NZZ und dem Swiss Economic Forum. Zürich.
- Sander, M. (2023): China weitet das iPhone-Verbot für Staatsbeamte offenbar aus. NZZ. Ausgabe vom 08.09.2023. Zürich.
- Schmutz, Ch. G. (2022): Die EU-Kommission will Chip-Fabriken in Europa finanzieren und steigt in den Subventionswettlauf mit den USA und China ein. NZZ. Ausgabe vom 08.02.2022. Zürich.
- Schmutz, Ch. G. (2023a): «Green Deal Industrial Plan»: Ursula von der Leyen will es den USA gleichtun und mit Hunderten Milliarden an Steuergeldern die EU-Industrie sauber machen. NZZ. Ausgabe vom 01.02.2023. Zürich.
- Schmutz, Ch. G. (2023b): Absurde EU-Subventionen: Steuergeld für eine Firma, die 270 Milliarden Euro wert ist. NZZ. Ausgabe vom 10.06.2023. Zürich.
- Schnabel, G. (2023): Die EU auf dem Weg in eine grüne Planwirtschaft. NZZ. Ausgabe vom 22.02.2023. Zürich.
- Sozialdemokratische Fraktion (2022): Postulat. Folgen des Krieges in der Ukraine. Langfristige strategische Abhängigkeiten evaluieren und reduzieren. https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223405. Zugriff: 01.09.2023.
- Speck, U. (2014): Multipolar oder multilateral. NZZ. Ausgabe vom 27.08.2014. Zürich.
- The Economist Intelligence Unit (EIU) (2022): Democracy Index 2022. London.
- Triebe, B. (2023a): Meyer Burger entlarvt sich selbst. NZZ. Ausgabe vom 17.06.2023. Zürich.
- Triebe, B. (2023b): Meyer Burger baut auf Subventionen in den USA. NZZ. Ausgabe vom 25.07.2023. Zürich.
- Triebe, B. & Feldges, D. (2023): «Verbrennerautos gibt es bald kaum mehr». NZZ. Ausgabe vom 22.07.2023. Zürich.
- United Nations (UN) (2023): Global Crisis Response Group. A world of debt. https://unctad.org/publication/world-of-debt. Zugriff: 01.09.2023.

- World Economic Forum (WEF) (2023): Chief Economists Outlook. Genf.
- World Trade Organisation (WTO) (2023): Reports on G20 trade and investment measures (October 2022 – May 2023). Genf.
- Wyplosz, Ch. (2023): Die Klimapolitik neu ordnen. Finanz und Wirtschaft. Ausgabe vom 06.09.2023. Zürich.
- Zeit Online (2023): VW erhält knapp 1.3 Milliarden Dollar an Anreizen für Werk in den USA. https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2023-03/vw-werk-usa-subventionen-zuschuss-south-carolina#:~:text=Volkswagen%20VW%20erh%C3%A4lt%20knapp%201,Kritik%20auf%20sich%20gezogen%20haben. Zugriff: 01.09.2023.

Zu dieser Publikation

Diese Publikation wurde von der Geschäftsstelle der Stiftung Zukunft.li, namentlich Peter Eisenhut und Thomas Lorenz, verfasst.

Unser Dank gilt auch den Interviewpartnern, Dr. Christoph Loos (Hilti Gruppe), Dr. Richard Senti (Hoval Gruppe), Markus Kaiser (Kaiser Gruppe) und Dr. Daniel Fitzek (Thyssenkrupp Presta AG), die mit ihrem Expertenwissen einen wesentlichen Beitrag zur Erstellung der Studie geleistet haben.

Impressum

Autoren: Peter Eisenhut & Thomas Lorenz, Stiftung Zukunft.li

Lektorat: Textimum GmbH, Triesenberg

Herausgeber: Stiftung Zukunft.li, Ruggell

Zitationsempfehlung: Eisenhut, P. & Lorenz, T. (2023): Fokus Weltwirtschaft: Wie weiter mit der Globalisierung? Folgen für Liechtenstein? Stiftung Zukunft.li. Ruggell.

Druckvorstufe: Gutenberg AG, Schaan
Druck, Bindung: Gutenberg AG, Schaan

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die Stiftung Zukunft.li ist jedoch explizit daran interessiert, die Ergebnisse ihrer Studien möglichst vielen Interessierten zugänglich zu machen. Die Verwendung des Inhalts dieser Publikation ist deshalb erwünscht unter der Bedingung, dass die Quelle eindeutig angegeben wird und die gesetzlichen Bestimmungen zum Urheberrecht eingehalten werden.

© Stiftung Zukunft.li 2023
Bestellung: info@stiftungzukunft.li
Download: www.stiftungzukunft.li

Stiftung Zukunft.li

Industriering 14
9491 Ruggell
Liechtenstein

T +423 390 00 00
info@stiftungzukunft.li
www.stiftungzukunft.li